

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>	<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>
79 3. Änderungssatzung zur Satzung des Wasserverbandes Bersenbrück in 49593 Bersenbrück, Landkreis Osnabrück vom 01.01.2018	264 Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses und Inkrafttreten gem. § 35 Abs. 6 BauGB i.V.m. § 10 Abs. 3 BauGB Außenbereichssatzung Nr. 5 „Levrner Straße“ der <b>Gemeinde Bohmte</b>
80 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	265 20. Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für die Abwasserbeseitigung (AEB) des <b>Wasserverbandes Bersenbrück (WV)</b>
81 Haushaltssatzung der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ für das Haushaltsjahr 2021	266 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der <b>Stadt Georgsmarienhütte</b> über den Jahresabschluss und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
82 Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“, Bestätigungsvermerk	267 1. Nachtragshaushaltssatzung der <b>Gemeinde Bad Laer</b> für das Haushaltsjahr 2020
83 Prüfung des Jahresabschlusses 2016 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“, Bestätigungsvermerk	268 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Wasserwerkes der <b>Gemeinde Bissendorf</b>
84 Zusammenschluss des Unterhaltungsverbandes Nr. 97 „Mittlere Hase“ mit dem Wasser- und Bodenverband „Klitzenbach“	269 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der <b>Gemeinde Bissendorf</b> über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 sowie Entlastung des Bürgermeisters
85 Satzung des Unterhaltungsverbandes Nr. 97 „Mittlere Hase“, Von-Klitzing-Str. 5, 49593 Bersenbrück, vom 01.10.2020 und Anlage 1, Anlage 2	
86 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück (BEVOS GmbH)	
87 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG	
88 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH	

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

79

### 3. Änderungssatzung zur Satzung des Wasserverbandes Bersenbrück in 49593 Bersenbrück, Landkreis Osnabrück vom 01.01.2018

Die Ausschussmitglieder der Trinkwasserversorgung haben gemäß § 8 lit. II. Nr. 2 der Satzung des Wasserverbandes Bersenbrück die 3. Änderung zur Satzung des Wasserverbandes Bersenbrück, Anlage 2 (Beitragsordnung Wasserversorgung) in der Sitzung am 10.11.2020 wie folgt beschlossen:

#### § 1

§ 5 Abs. 1 der Anlage 2 - Beitragsordnung - erhält folgende Fassung:

Der Verbrauchsbeitrag beträgt (0,83 €/m³+WEG2021-0,075 €/m³ auf volle Cent gerundet). Er richtet sich nach der Wassermenge, die pro Kalenderjahr abgenommen wird.

#### § 2 Inkrafttreten

Die 3. Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

49593 Bersenbrück, den 10.11.2020

**Wasserverband Bersenbrück**  
Dirk Imke  
Verbandsvorsteher

Anmerkung: WEG2021 ist die Wasserentnahmegebühr in €/m³, die vom Land Niedersachsen im Jahr 2021 für die Entnahme von Grundwasser zum Zwecke der Trinkwasserversorgung gehoben wird.

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

80

### Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 117 der Verordnung vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328) geprüft.

Aktenzeichen: 1.) 11-für-04929-20 und 2.) 11-für-04931-20  
Antragsteller: Jan-Peter Schulze-Lohoff  
Baugrundstück: Fürstenau, Bredenschlag 1, 2, 3  
Gemarkung: Fürstenau  
Flur: 12  
Flurstück(e): 227/2

- 1.) Anlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)  
Anzeige nach § 15 BImSchG zum Neubau eines Getreidesumpfes (4929-20)
- 2.) Anzeige nach § 15 BImSchG zum Neubau von zwei Getreidesilos (4931-20)

Es werden zwei Vorhaben separat beantragt. Dabei handelt es sich zum einen um einen Genehmigungsantrag für den

Neubau eines Getreidesumpfes (Az.: FD6-11-04929-20) und zum anderen für den Neubau von zwei Getreidesilos (FD6-11-04931-20) auf dem Betrieb von Herrn Schulze-Lohoff in der Stadt Fürstenau, Gemarkung Fürstenau, Flur 12, Flurstück 227/2. Die Tierzahl ändert sich nach den geplanten Änderungen nicht. Bei dem Standort des Vorhabens handelt es sich planungsrechtlich um Außenbereich. Auf dem Betrieb werden 1.894 Mast-schweine gehalten, sodass dieser der Nr. 7.1.7.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV sowie der Nr. 7.7.2 des Anhang 1 des UVPG unterliegt und für die Vorhaben jeweils eine standortbezogene UVP-Vorprüfung durchzuführen ist. Die Prüfungen haben ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennbar sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen durch das Vorhaben zu erwarten.

Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Ebenso sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen auf Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG, auf Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG, auf geschützte Landschaftsbestandteile, insbesondere Alleen, nach § 29 BNatSchG sowie auf gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 BNatSchG zu erwarten.

Das nächstgelegene FFH-Gebiet „Pottenbruch und Umgebung“ sowie das sich darin befindende Landschaftsschutzgebiet befindet sich in ca. 300 m Entfernung zum Vorhaben. Erhebliche Auswirkungen sind aufgrund der Entfernung nicht zu erwarten.

Die nächstgelegene Wallhecke liegt ca. 350 m südöstlich des Vorhabens. In unmittelbarer Hofnähe (ca. 40 m) befinden sich größere Bäume bzw. Baumreihen. Aufgrund der Entfernung hat das Vorhaben keinen Einfluss auf diese Naturbestandteile. Somit sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

In ca. 665 m südlich des Vorhabens befindet sich ein Abschnitt des Reetbaches am Schaler Damm, das dem geschützten Biotop des Naturnahen Geestbach mit Kiessubstrat zuzuordnen ist. 850 m westlich des Vorhabens befindet sich zudem ein Biotop des Typs Erlen-Bruchwald auf nährstoffreichen Standorten. Ca. 400 m entfernt des Vorhabens in nordwestlicher Richtung befinden sich mehrere (Traubenkirschen-)Erlen- und Eschen-Auwald der Talniederung. Und in ca. 550 m Entfernung in nordwestlicher Richtung befindet sich ein Eicker- oder Rieselquelle, Naturnaher sommerwarmer Niederungsbach sowie (Traubenkirschen-)Erlen- und Eschen-Au-

wald der Talniederung. Erhebliche Auswirkungen sind auf diese Biotop aufgrund den jeweiligen Entfernungen nicht zu erwarten.

Es sind insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.12.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin  
Fachdienst Planen und Bauen  
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

81

### **Haushaltssatzung der „Regionalleitstelle Osnabrück kAÖR“ für das Haushaltsjahr 2021**

Aufgrund des § 3 Abs. 2 NKG i. V. mit § 145 Abs. 3 NKG i.V. mit § 112 NKG hat der Verwaltungsrat der Regionalleitstelle Osnabrück kAÖR in der Sitzung am 08.10.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird

#### **1. im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag**

1.1	der ordentlichen Erträge auf	5.867.600 Euro
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	5.867.600 Euro
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro

#### **2. im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag**

2.1	der Einzahlungen auf	7.667.600 Euro
2.2	der Auszahlungen auf	5.541.100 Euro

festgesetzt;

von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen

2.1.1	auf Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.867.600 Euro
2.2.1	auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.926.100 Euro
2.1.2	auf Einzahlungen für Investitionen	0 Euro
2.2.2	auf Auszahlungen für Investitionen	495.000 Euro
2.1.3	aus Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.800.000 Euro
2.2.3	auf Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	120.000 Euro

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 1.800.000 Euro festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 3.116.000 Euro festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2021 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.200.000 Euro festgesetzt.

Osnabrück, 08. November 2020

### **Regionalleitstelle Osnabrück kAöR**

Volker Trunt  
Vorstand

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 wird hiermit bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung liegt gemäß § 3 Abs. 2 NKomZG i.V.m. §§ 114 Abs. 2, Satz 3 NKomVG vom 16. Dezember 2020 bis 28. Dezember 2020 von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr (Mo. – Mi. und Fr.) und 8.00 Uhr bis 17.30 Uhr (Do.) in der Regionalleitstelle Osnabrück (Zimmer 4123) im Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Osnabrück, 26. November 2020

### **Regionalleitstelle Osnabrück kAöR**

Volker Trunt  
Vorstand

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

82

### **Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“**

Das mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Rechnungsprüfungsamt der Stadt Osnabrück hat mit Datum vom 20. März 2020 folgenden unbeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

#### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 hat zu keinen Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss

und Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und wirtschaftlichen Verhältnisse der Anstalt geführt. Vor diesem Hintergrund erteilen wir gemäß § 27 Abs. 2 KomAnstVO folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die kommunale Anstalt wird wirtschaftlich geführt.“

Osnabrück, den 20. März 2020

Der Verwaltungsrat der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ hat durch Beschluss vom 08. Oktober 2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2015 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 4.293.835,56 € festgestellt und dem Vorstand der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“, Frau Bärbel Rosensträter und Herrn Dietrich Bettenbrock für das Jahr 2015 Entlastung erteilt.

Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) vom 12. Juli 2018 (Nds. GVBl 2018, S. 17) in der zurzeit gültigen Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss 2015 hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ für das Geschäftsjahr 2015 liegen gemäß § 3 Abs. 2 NKomZG i.V.m. §§ 114 Abs. 2, Satz 3 NKomVG vom 16. Dezember 2020 bis 28. Dezember 2020 von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr (Mo. – Mi. und Fr.) und 8.00 Uhr bis 17.30 Uhr (Do.) in der Regionalleitstelle Osnabrück (Zimmer 4123) im Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Osnabrück, 27. November 2020

### **Regionalleitstelle Osnabrück kAöR**

Volker Trunt  
Vorstand

Dietrich Bettenbrock  
Vorstand

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

83

### **Prüfung des Jahresabschlusses 2016 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“**

Das mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Rechnungsprüfungsamt der Stadt Osnabrück hat mit Datum vom 11. Juni 2020 folgenden unbeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

#### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 hat zu keinen Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und wirtschaftlichen Verhältnisse der Anstalt geführt. Vor diesem Hintergrund erteilen wir gemäß § 27 Abs. 2 KomAnstVO folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die kommunale Anstalt wird wirtschaftlich geführt.“

**Osnabrück**, den 11. Juni 2020

Der Verwaltungsrat der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ hat durch Beschluss vom 08. Oktober 2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2016 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 3.244.251,29 € festgestellt und dem Vorstand der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“, Frau Bärbel Rosensträter und Herrn Dietrich Bettenbrock für das Jahr 2016 Entlastung erteilt.

Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetVO) vom 12. Juli 2018 (Nds. GVBl 2018. S. 17) in der zurzeit gültigen Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss 2016 hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ für das Geschäftsjahr 2016 liegen gemäß § 3 Abs. 2 NKomZG i.V.m. §§ 114 Abs. 2, Satz 3 NKomVG vom 16. Dezember 2020 bis 28. Dezember 2020 von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr (Mo. – Mi. und Fr.) und 8.00 Uhr bis 17.30 Uhr (Do.) in der Regionalleitstelle Osnabrück (Zimmer 4123) im Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

**Osnabrück**, 27. November 2020

#### **Regionalleitstelle Osnabrück kAöR**

Volker Trunt  
Vorstand

Dietrich Bettenbrock  
Vorstand

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

**84**

### **Zusammenschluss**

#### **des Unterhaltungsverbandes Nr. 97 „Mittlere Hase“ mit dem Wasser- und Bodenverband „Klitzenbach“**

In einem Verfahren nach § 60 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405) in der zurzeit gültigen Fassung hat der im Landkreis Osnabrück ansässige Wasser- und Bodenverband „Klitzenbach“ seine Aufgaben, sein Vermögen und seine Verpflichtungen als Ganzes auf den ebenfalls im Landkreis Osnabrück ansässigen Unterhaltungsverband Nr. 97 „Mittlere Hase“ übertragen.

Die diesbezüglich gefassten Beschlüsse des Unterhaltungsverbandes Nr. 97 „Mittlere Hase“ vom 12.12.2019 und des Wasser- und Bodenverbandes „Klitzenbach“ vom 16.07.2020 sind am 17.11.2020 gemäß § 60 Abs. 2 WVG i. V. m. § 58 Abs. 2 S. 1 WVG aufsichtsbehördlich genehmigt worden.

Der Zusammenschluss wird am 01.01.2021 wirksam. Gleichzeitig gilt der Wasser- und Bodenverband „Klitzenbach“ als aufgelöst.

**Osnabrück**, den 27.11.2020

#### **Landkreis Osnabrück**

Die Landrätin  
Fachdienst Umwelt  
i. A. Bredol

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

**85**

„Aus Gründen der verbesserten Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in dieser Satzung die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keinerlei Wertung.“

### **Satzung**

#### **des Unterhaltungsverbandes Nr. 97 "Mittlere Hase", Von-Klitzing-Str. 5, 49593 Bersenbrück, vom 01.10.2020**

Aufgrund der §§ 6, 58 des Wasserverbandsgesetzes (WVG) vom 12.02.1991 (BGBl. I Seite 405), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578) geändert worden ist, in Verbindung mit Anlage 5 zu § 64 Abs. 1 Satz 4 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. Seite 64), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 19 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), wird die Verbandssatzung wie folgt aufgestellt.

#### **I.**

Die Satzung erhält folgenden neuen Wortlaut:

#### **§ 1**

##### **Name, Sitz, Verbandsgebiet**

- (1) Der Verband führt den Namen Unterhaltungsverband Nr. 97 „Mittlere Hase“ -Gewässerunterhaltung und Landschaftspflege-. Er hat seinen Sitz in Bersenbrück, im Landkreis Osnabrück.
- (2) Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes. Er ist als gesetzlicher Unterhaltungsverband gemäß § 63 des Niedersächsischen Wassergesetzes gegründet worden.
- (3) Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst. Er kann nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften Beamte haben.
- (4) Das Verbandsgebiet ist das Niederschlagsgebiet der Hase von der Einmündung der Düte in die Hase bis zum Hahnenmoorkanal (einschließlich) ohne Essener Kanal von der Einmündung Bünne-Wehdeler Grenzkanal (einschließlich) und Große Hase bis Einmündung Hahnenmoorkanal; einschließlich der in den Mittellandkanal von km 25,0 bis km 43,5 km und in den Stichkanal nach Osnabrück von km 0,0 bis km 4,2 entwässernden Flächen. Das Verbandsgebiet ergibt sich aus der in der Anlage 1 zur Satzung beigefügten Karte.

- (5) Der Verband führt ein Dienstsiegel mit dem Namen des Verbandes.

## **§ 2 Aufgabe**

- (1) Der Verband hat zur Aufgabe:
1. Gewässer zweiter Ordnung zu unterhalten.
  2. Gewässer dritter Ordnung aus dem Vorteilsgebiet Klitzenbach gemäß der Karte in der Anlage 2 zu unterhalten.

Der Verband kann:

3. Ausbaumaßnahmen sowie naturnahe Umgestaltungen durchführen,
  4. in und an Gewässern Anlagen unterhalten und bauen,
  5. technische Maßnahmen zur Bewirtschaftung des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer durchführen,
  6. die Herrichtung, Erhaltung und Pflege von Flächen, Anlagen und Gewässern zum Schutz des Naturhaushalts, des Bodens und für die Landschaftspflege durchführen,
  7. die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft sowie die Fortentwicklung von Gewässer-, Boden- und Naturschutz fördern,
  8. vorstehende Aufgaben fördern und überwachen.
- (2) Der Verband kann Aufgaben, die nach dem Gesetz Wasser- und Bodenverbänden (Mitglieder nach § 3) obliegen, ganz oder teilweise gegen Kostenerstattung übernehmen.

## **§ 3 Mitglieder**

- (1) Mitglieder für die Aufgaben nach § 2 Abs. (1) Nr. 1 sind
- a) –die im Verbandsgebiet bestehenden Wasser- und Bodenverbände
    - 1) Ahrens und Wittefeld in Epe
    - 2) Artländer Melioration in Bersenbrück tlw.
    - 3) Bersenbrück-Gehrde in Talge
    - 4) Bühnerbachgebiet in Vinte tlw.
    - 5) Campemoor in Campemoor tlw.
    - 6) Hase oberhalb Bersenbrück in Rieste
    - 8) Hollage Wackum in Achmer tlw.
    - 9) Horstteile Hinnenkamp in Hinnenkamp
    - 10) Kalkriese in Kalkriese
    - 11) Renslager Kanal in Renslage
    - 12) Schleptruper- und Ströher Feld in Schleptrup
    - 13) Stickeich in Vörden
    - 14) Suttruper Bruch in Suttrup
    - 15) Thiene-Balkum-Hesepe in Thiene
    - 16) Hase-Wasseracht in Cloppenburg tlw.
    - 17) Hahnenmoor in Aselage
    - 18) Dohrener Bruch in Dohren tlw.
    - 19) Neuenkirchener Wasseracht in Neuenkirchen-Vörden tlw.
    - 20) Pye-Halen in Halen tlw.
  - b) im Übrigen die jeweiligen Eigentümer der im Verbandsgebiet gelegenen Grundstücke,
- (2) Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2  
Die Vorteilsnehmer aus dem Vorteilsgebiet Klitzenbach.
- (3) Der Verband führt für jede Aufgabe nach § 2 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 je ein Mitgliederverzeichnis. Bei den dinglichen

Mitgliedern erfolgt diese Fortschreibung auf der Grundlage der Daten der Katasterverwaltung.

## **§ 4 Unternehmen, Plan**

- (1) Zur Durchführung der Gewässerunterhaltung hat der Verband die notwendigen Arbeiten an den Gewässern und Anlagen vorzunehmen.  
Dieses Unternehmen ergibt sich aus:
- 1) dem gültigen Verzeichnis der Gewässer II. Ordnung mit den der Abführung des Wassers dienenden Anlagen, das die Nummern des amtlichen Verzeichnisses, die Namen und Längen der Gewässer enthält.
  - 2) der gültigen Übersichtskarte i.M.: 1:50.000 mit Eintragung der unter laufender Nr. 1 genannten Gewässer II. Ordnung mit laufender Nummer des Verzeichnisses und Namen.
  - 3) Den gültigen Verzeichnissen der Gewässer III. Ordnung der jeweiligen Vorteilsgebiete mit den der Abführung des Wassers dienenden Gewässer und Anlagen.
  - 4) der gültigen Übersichtskarte i.M.: 1:5.000 / 1:25.000 mit Eintragung der unter laufender Nr. 3 genannten Gewässer III. Ordnung mit laufender Nummer des Verzeichnisses und Namen.
- (2) Der Verband hat alle anfallenden Arbeiten beim Gewässerausbau, bei der Gewässerherstellung, bei der naturnahen Umgestaltung und bei der Beseitigung von Gewässern und von Anlagen selbst vorzunehmen.
- (3) Zur Durchführung seiner weiteren Aufgaben kann der Verband, Gräben und Stauanlagen herstellen, unterhalten, betreiben und beseitigen sowie die zum Schutz des Bodens, des Wassers, des Naturhaushalts und die zur Landschaftspflege notwendigen Arbeiten durchführen,
- (4) Das jeweilige Unternehmen ergibt sich auch aus dem Plan und den ihn ergänzenden Plänen. Die Pläne sollen aus einem Erläuterungsbericht, Karten und Zeichnungen bestehen. Jeweils eine Ausfertigung wird bei der Aufsichtsbehörde und beim Verband aufbewahrt.

## **§ 5 Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen**

- (1) Der Verband ist berechtigt, das Verbandsunternehmen auf den zum Verband gehörenden Grundstücken der dinglichen Mitglieder und auf den Grundstücken, welche die dingliche Mitgliedschaft bei seinen Mitgliedern gem. § 3 Abs. 1 a begründen, durchzuführen. Er darf die Grundstücke der Mitglieder betreten, befahren und benutzen, die für das Unternehmen nötigen Stoffe (Steine, Erde, Rasen usw.) von diesen Grundstücken nehmen, soweit sie land- und forstwirtschaftlich genutzt werden oder Unland oder Gewässer sind, wenn nicht ordnungsbehördliche Vorschriften entgegenstehen. Zur Regelunterhaltung, z.B. Räumung der Gewässer, ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich.
- (2) Der Verband darf Grundstücke, die öffentlichen Zwecken dienen, nur mit Zustimmung der zuständigen Verwaltungsbehörde benutzen, soweit sie nicht durch Rechtsvorschriften zugelassen ist. Die Zustimmung darf nur versagt werden, soweit eine Beeinträchtigung der öffentlichen Zwecke nicht durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden kann.

## **§ 6**

### **Besondere Pflichten der Mitglieder**

- (1) Ufergrundstücke dürfen nur so bewirtschaftet werden, dass die Unterhaltung des Gewässers nicht beeinträchtigt und das Ufer nicht beschädigt wird. Dabei gilt insbesondere:

Die Mitglieder mit ihren zum Verband gehörenden Grundstücken sind verpflichtet,

1. bei Weidenutzung das Gewässer gegen das Eindringen von Weidevieh abzusichern, Einfriedigungen sind mindestens 1,00 m von der oberen Böschungskante des Gewässers entfernt anzubringen und ordnungsgemäß (viehkehrend) zu unterhalten. Einfriedigungen am Gewässer dürfen nur bis zu einer Höhe von 1,20 m aufgestellt werden. Auf das Gewässer zulaufende Einfriedigungen sind so herzustellen, dass eine 4,00 m breite und nach oben freie Durchfahrt für Räumgeräte und Fahrzeuge möglich ist. Die Durchfahrt (z.B. Tore oder bewegliche Gatter) ist 1,00 m von der oberen Böschungskante entfernt beginnend anzulegen,
2. bei Ackerlandnutzung einen Schutzstreifen von 1,00 m Breite von der oberen Böschungsoberkante an unbeackert zu lassen,
3. innerhalb der bebauten Ortslage und bei sonstigen Flächen, sowie bei Grünland und bei Ackerflächen, Ufergrundstücken grundsätzlich nicht näher als 5,00 m bis an das Gewässer heran zu bebauen. Die Errichtung von baulichen Anlagen jeglicher Art Einfriedigungen, Veränderungen der Geländeoberkante und Anpflanzungen dürfen nicht näher als 5,00 m bis an das Gewässer heran vorgenommen werden. Die Einfriedigungen sind 1,00 m von der oberen Böschungskante des Gewässers entfernt anzubringen, ordnungsgemäß zu unterhalten und dürfen eine Höhe von 1,2 m nicht überschreiten. Auf das Gewässer zulaufende Einfriedigungen sind so herzustellen, dass eine 4,00 m breite und nach oben freie Durchfahrt für Räumgeräte und Fahrzeuge möglich ist. Die Durchfahrt (z.B. Tore oder bewegliche Gatter) ist 1,00 m von der oberen Böschungskante entfernt beginnend anzulegen,
4. Anlegen offener Tränkstellen in und an Gewässern ist untersagt. Viehtränken, Übergänge und andere Anlagen sind nach Angabe des Verbandes so anzulegen und zu erhalten, dass sie das Verbandsunternehmen nicht hemmen. Eine Durchzäunung des Gewässers ist nicht zulässig,
5. Anlieger an Gewässerrandstreifen sind berechtigt, diesen zu Entwässerungszwecken zu benutzen und sind verpflichtet, das Räumgut auch aus dem Gewässer aufzunehmen,
6. Dränausmündungen und Ausläufe von Rohrleitungen sind vom Eigentümer mit Ausmündungsstücken, die sich der Böschungsneigung anpassen, bautechnisch so herzustellen, dass Absackungen und Ausspülungen vermieden werden und die Gewässerunterhaltung nicht beeinträchtigt wird,
7. in Gewässer II. Ordnung einmündende Gräben sind auf einer Länge von 5,00 m ab Böschungsoberkante zu verrohren. Die Verrohrung und der Anschluss an die Gewässerböschung sind von den Grundstückseigentümern so herzustellen, zu befestigen und zu unterhalten, dass Absackungen und Ausspülungen vermieden werden,
8. für Brücken, Wege – und Straßenüberfahrten sind die Überwegungsberechtigten bzw. der Baulastträger allein unterhaltungs- und erhaltungspflichtig,
9. die im Zuge von Gewässern vorhandenen Brücken, Rahmen- oder Rohrdurchlässe in Grundstückszu- oder

überfahrten dürfen nicht ohne Zustimmung des Verbandes verändert werden. Die Unterhaltung dieser Anlagen obliegt den Nutzungsberechtigten. Schadhafte Durchlässe und Brücken sind vom Nutzungsberechtigten zu erneuern,

10. die Anlieger an den Verbandsanlagen und die Nutzungsberechtigungen der Anliegergrundstücke müssen die bei der Unterhaltung anfallenden Stoffe wie Mähgut, Sträucher, Wurzeln, Erdreich usw. unentgeltlich aufnehmen und schadlos beseitigen,
  11. bei der Regelunterhaltung hat der Anlieger am Gewässer das Befahren und Betreten eines 5 m breiten Räumstreifens, sowie das Ablagern des Räumgutes ohne Entschädigung zu dulden, wenn die Aufrechterhaltung der Vorflut eine Räumung erforderlich macht, auch wenn die anliegenden Flächen in diesem Bereich nicht abgeerntet sind.
- (2) Ausnahmen von den Beschränkungen, soweit gesetzliche Vorschriften dem nicht entgegenstehen, bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Verbandes.

- (3) Wird von einem Mitglied gegen die Anforderungen und Beschränkungen der vorstehenden Absätze verstoßen, kann der Vorstand oder Geschäftsführer anordnen, die entsprechenden Nutzungen oder Anlagen oder Anpflanzungen ordnungsgemäß einzurichten oder widerrechtlich vorgenommene Nutzungen zu unterlassen oder Anlagen und Anpflanzungen zu beseitigen. Kommt das Mitglied der Anordnung nicht nach, kann die Anordnung nach § 35 Abs. 2 der Satzung auf Kosten des Mitgliedes durchgesetzt werden.

## **§ 7**

### **Rechtsverhältnisse bei abgeleiteten Grundstücksnutzungen**

- (1) Wird ein zum Verband gehörendes Grundstück zu der Zeit, zu der es von dem Unternehmen betroffen wird, aufgrund eines vom Eigentümer abgeleiteten Rechts genutzt, hat der Nutzungsberechtigte vorbehaltlich einer abweichenden vertraglichen Regelung gegen den Eigentümer Anspruch auf die durch das Verbandsunternehmen entstehenden Vorteile. Der Nutzungsberechtigte ist in diesem Falle dem Eigentümer gegenüber verpflichtet, die Beiträge an den Verband zu leisten.
- (2) Im Falle des Absatzes 1 kann der Nutzungsberechtigte unbeschadet der ihm nach Gesetz, Satzung oder Vertrag zustehenden Rechte innerhalb eines Jahres
1. ein Pacht- oder Mietverhältnis unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Ende des Vertragsjahres kündigen,
  2. die Aufhebung eines anderen Nutzungsrechts ohne Einhaltung einer Frist verlangen.

## **§ 8**

### **Verbandsschau**

- (1) Die Verbandsanlagen sind einmal im Jahr zu schauen. Bei der Schau ist der Zustand der Anlagen festzustellen, insbesondere ob sie ordnungsgemäß unterhalten und nicht unbefugt benutzt werden.
- (2) Der Verbandsausschuss teilt das Verbandsgebiet in Schaubezirke ein und beruft für jeden Schaubezirk mindestens 3 Schaufauftragte. Schauführer ist der Vorsteher oder der von ihm bestimmte Schaufauftragte.

- (3) Der Vorstand lädt die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde und sonstige Beteiligte, insbesondere technische und landwirtschaftliche Fachbehörden rechtzeitig zur Verbandsschau ein.
- (4) Der Schauführer zeichnet den Verlauf und das Ergebnis der Schau in einer Niederschrift auf und gibt den Schaubeauftragten Gelegenheit zur Äußerung. Der Vorstand oder der Geschäftsführer veranlasst die Beseitigung festgestellter Mängel.

## § 9 Organe

- (1) Der Verband hat einen Ausschuss und einen Vorstand.

## § 10 Aufgaben des Verbandsausschusses

- (1) Der Verbandsausschuss hat folgende Aufgaben
  1. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter,
  2. Beschlussfassung über Änderungen der Satzung, des Unternehmens, des Planes oder der Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik,
  3. Beschlussfassung über die Umgestaltung des Verbandes,
  4. Wahl der Schaubeauftragten,
  5. Festsetzung des Haushaltsplanes sowie von Nachtragshaushaltsplänen,
  6. Beschlussfassung der Veranlagungsregeln,
  7. Einspruch gegen Zwangsfestsetzungen des Haushaltsplanes,
  8. Entlastung des Vorstandes,
  9. Festsetzung von allgemeinen Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse und von Vergütungen für Vorstandsmitglieder, Mitglieder des Verbandsausschusses und der Schaubeauftragten,
  10. Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband,
  11. Beratung des Vorstandes in allen wichtigen Angelegenheiten,
  12. Wahl eines verbandsinternen Prüfungsausschusses.

## § 11 Zusammensetzung und Wahl des Ausschusses

- (1) Der Ausschuss besteht aus 23 Mitgliedern, die ehrenamtlich tätig sind. Jedes Ausschussmitglied hat einen Stellvertreter. Die Stellvertretung ist persönlich und bei der Wahl festzulegen.
- (2) Der Ausschuss wird von den Verbandsmitgliedern in 22 Wahlbezirken gewählt. Die Wahlbezirke und die Zahl der in den Ausschuss zu entsendenden Mitglieder- bzw. Stellvertreter ergeben sich wie folgt:

Sechs Bezirke der Wasser- und Bodenverbände, die je ein Mitglied und einen Stellvertreter wählen. Ein Bezirk der Wasser- und Bodenverbände von doppelter Größe (Bezirk Nr. 6), der zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter wählt. Sowie 15 Bezirke, die gemeindeweise diejenigen Mitglieder umfassen, deren Grundstücke keinem Wasser- und Bodenverband angehören. Jeder dieser Bezirke wählt je ein Mitglied und einen Stellvertreter.

### Nr. : Wahlbezirke mit den Wasser- und Bodenverbänden:

- 1 Pye-Halen, Hollage Wackum, Büherbachgebiet, Schelptruper-u. Ströher Feld, Ahrens-u. Wittefeld
- 2 Campemoor, Kalkriese, Horstteile Hinnenkamp, Stickteich, Hase oberhalb Bersenbrück
- 3 Thiene-Balkum-Hesepe, Hase oberhalb Bersenbrück, Bersenbrück-Gehrde
- 4 Neuenkirchener Wasseracht, Hase-Wasseracht
- 5 Bersenbrück-Gehrde, Suttruper Bruch
- 6 Artländer Melioration, Vorteilsgebiet Klitzenbach, Renslager Kanal
- 7 Renslager Kanal, Hase-Wasseracht, Hahnenmoor, Dohrener Bruch

### Nr.: Wahlbezirke mit den Gemeindebezirken:

- 8 Hollage, Rulle, Wallenhorst, Schleptrup, Pente
- 9 Achmer, Vinte, Limbergen, Neuenkirchen, Lintern, Ueffeln
- 10 Bramsche, Epe, Sögel, Hesepe
- 11 Evinghausen, Engter, Kalkriese, Niewedde
- 12 Vörden, Hinnenkamp, Hörsten, Rieste
- 13 Balkum, Thiene, Westerholte, Lechtrup-Merzen
- 14 Bieste, Heeke, Alfhausen, Wallen, Brickwedde, Woltrup-Wehbergen, Rüssel
- 15 Klein Drehle, Groß Drehle, Bersenbrück, Ahausen-Sitter, Gehrde
- 16 Ankum, Tütingen, Aslage, Holsten, Döllinghausen, Ost-u. Westeroden, Besten, Schwagstorf
- 17 Klein Bokern, Dalum, Hartlage, Bippin, Döthen, Basum-Sussum
- 18 Kettenkamp, Nortrup, Druchhorn, Suttrup
- 19 Talge, Langen, Rüsfort, Helle, Wehdel
- 20 Wulften, Badbergen, Grothe, Vehs, Lechterke, Quakenbrück, Bottorf, Borg, Groß Mimmelage, Klein Mimmelage, Andorf, Menslage
- 21 Dalvers, Bockraden, Hekese, Berge
- 22 Renslage, Anten, Hahlen, Hahnenmoor, Lönigen, Westrum, Herzlake

Für die Flächen, die keinem Wasser- und Bodenverband zugeordnet werden können: Jedes Mitglied kann nur einen Platz im Ausschuss besetzen.

Soweit Gemeinden Verbandsmitglieder sind, sind ihre Vertreter wählbar.

Ausschussmitglieder können nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder sein.

- (3) Der Verbandsvorsteher lädt die wahlberechtigten Verbandsmitglieder wahlbezirksweise durch Bekanntmachung nach § 36 der Satzung mit einwöchiger Frist zur Wahl des Ausschusses ein. Ferner sind die Aufsichtsbehörde und für die Bezirke 1-7 (Wasser- und Bodenverbände) die Verbandsvorsteher einzuladen. Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.

- (4) Jedes Verbandsmitglied, das Beiträge an den Verband zu leisten hat, hat das Recht, selbst oder durch einen Vertreter mitzustimmen. Der Vorsteher kann vom Vertreter eine schriftliche Vollmacht fordern. Niemand kann bei der Stimmabgabe mehr als zwei Verbandsmitglieder vertreten.

- (5) Das Stimmverhältnis bestimmt sich nach dem Verhältnis, in dem die Verbandsmitglieder mit beitragspflichtigen Flächen am Wahlbezirk beteiligt sind. Niemand hat mehr als zwei Fünftel aller Stimmen im Wahlbezirk. Das Stimmverhältnis der Mitglieder als Mindestbeitragszahler bemisst sich im Verhältnis des geltenden Mindestbeitragsatzes

zum Beitragssatz.

- (6) Um das Grundeigentum streitende Personen sind stimmberechtigt. Sie und die gemeinschaftlichen Grundeigentümer können nur einheitlich stimmen; die an der Wahl Teilnehmenden haben die Stimmen aller.
- (7) Der Verbandsvorsteher oder ein von ihm beauftragter Vertreter leitet die Wahl.
- (8) Jedes Ausschussmitglied ist in besonderer Wahlhandlung dadurch zu wählen, dass die Verbandsmitglieder dem Vorsteher zur schriftlichen Aufzeichnung erklären, wem sie ihre Stimme geben. Die Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn kein Mitglied widerspricht.
- (9) Gewählt ist, wer von den abgegebenen Stimmen die meisten erhält. Erhält im ersten Wahlgang niemand die Mehrheit, wird erneut gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Leiter der Wahl zu ziehende Los. Auf Verlangen eines Mitgliedes ist geheim zu wählen.
- (10) Über die Wahl ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Wahlleiter, einem Teilnehmer und dem Protokollführer zu unterschreiben ist.

## **§ 12**

### **Sitzungen des Verbandsausschusses**

- (1) Der Verbandsvorsteher lädt die Ausschussmitglieder mindestens einmal im Jahr schriftlich mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. In der Ladung ist darauf hinzuweisen.
- (2) Der Verbandsvorsteher leitet die Sitzungen des Ausschusses. Er hat kein Stimmrecht.

## **§ 13**

### **Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Ausschusses**

- (1) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder rechtzeitig geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend ist.
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und wird der Ausschuss zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn darauf in dieser Ladung hingewiesen worden ist.
- (3) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.
- (4) Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Verbandsvorsteher und dem Protokollführer zu unterschreiben ist. Die Genehmigung erfolgt in der nächsten Sitzung.

## **§ 14**

### **Amtszeit**

- (1) Der Verbandsausschuss wird für 5 Jahre gewählt. Das Amt endet am 31. Dezember, zum ersten Mal im Jahre 2021.

- (2) Wenn ein Ausschussmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, übernimmt für den Rest der Amtszeit das nach § 11 der Satzung gewählte stellvertretende Ausschussmitglied die Aufgaben des ausgeschiedenen Ausschussmitgliedes. Eine Ersatzwahl eines stellvertretenden Ausschussmitgliedes findet nicht statt.
- (3) Die ausscheidenden Mitglieder bleiben bis zum Eintritt der neuen Mitglieder im Amt.

## **§ 15**

### **Zusammensetzung des Vorstandes**

- (1) Der Vorstand besteht aus 11 Personen. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher. Ein Vorstandsmitglied ist stellvertretender Verbandsvorsteher.
- (2) Für jedes Vorstandsmitglied wird ein persönlicher Vertreter gewählt.

## **§ 16**

### **Wahl des Vorstandes**

- (1) Der Verbandsausschuss wählt die Mitglieder des Vorstandes und deren persönliche Stellvertreter, sowie den Vorstandsvorsitzenden und den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden.
- (2) Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

## **§ 17**

### **Amtszeit des Vorstandes**

- (1) Der Vorstand wird für eine Amtsperiode von 5 Jahren gewählt. Das Amt des Vorstandes endet am 31. Dezember, zum ersten Mal im Jahre 2022.
- (2) Wenn ein Vorstandsmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, so ist für den Rest der Amtszeit nach § 16 der Satzung Ersatz zu wählen.
- (3) Die ausscheidenden Mitglieder bleiben bis zur Wahl der neuen Vorstandsmitglieder im Amt.

## **§ 18**

### **Aufgaben des Vorstandes**

- (1) Dem Vorstand obliegen alle Geschäfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung der Verbandsvorsteher oder der Verbandsausschuss berufen sind. Er beschließt insbesondere über:
  1. die Aufstellung des Haushaltsplanes und seiner Nachträge,
  2. die Aufnahme von Darlehen und Kassenkrediten,
  3. die Aufstellung der Jahresrechnung,
  4. Verträge mit einem Wert des Gegenstandes von mehr als 10.000,00 Euro,
  5. die Entscheidung über Widersprüche,
  6. die Aufstellung des Stellenplanes,
  7. die Aufnahme und Entlassung von Mitgliedern.

## **§ 19**

### **Sitzungen des Vorstandes**



- (1) Der Verbandsvorsteher lädt die Vorstandsmitglieder und die Aufsichtsbehörde mit mindestens einwöchiger Frist schriftlich zu den Sitzungen ein und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. In der Ladung ist darauf hinzuweisen.
- (2) Wer am Erscheinen verhindert ist, teilt dies unverzüglich seinem Stellvertreter mit. Der Vorstandsvorsitzende ist zu benachrichtigen.
- (3) Im Jahr ist mindestens eine Sitzung zu abzuhalten.

## **§ 20 Beschließen im Vorstand**

- (1) Der Vorstand bildet seinen Willen mit der Mehrheit der Stimmen seiner anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Verbandsvorstehers den Ausschlag.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn rechtzeitig geladen wurde und mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- (3) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und wird der Vorstand zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn darauf in der Ladung hingewiesen worden ist.
- (4) Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder zustimmen.
- (5) Auf schriftlichem Wege erzielte Beschlüsse sind gültig, wenn kein Vorstandsmitglied widerspricht.
- (6) Die Beschlüsse sind in der Niederschrift festzuhalten. Diese ist vom Verbandsvorsteher und dem Protokollführer zu unterschreiben. Die Genehmigung erfolgt in der nächsten Sitzung.

## **§ 21 Geschäfte des Verbandsvorstehers**

- (1) Der Verbandsvorsteher führt den Vorsitz im Vorstand. Ihm obliegen alle Geschäfte des Verbandes, zu denen nicht der Vorstand oder der Verbandsausschuss durch die Satzung oder andere Rechtsvorschriften berufen ist.
- (2) Er vertritt den Verband in allen Geschäften, auch in denjenigen, über die der Vorstand oder der Ausschuss zu beschließen hat. Als Ausweis dient ihm eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.
- (3) Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, kann der Vorsteher nur gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied oder dem hauptamtlichen Geschäftsführer abgeben. Die Erklärungen sind, sofern sie nicht gerichtlich oder notariell beurkundet werden, nur rechtsverbindlich, wenn sie handschriftlich unterzeichnet und mit dem Dienstsiegel versehen sind. Dies gilt nicht für Geschäfte der laufenden Verwaltung.
- (4) Der Verbandsvorsteher unterrichtet die anderen Vorstandsmitglieder über wichtige Angelegenheiten des Verbandes und hört ihren Rat.

## **§ 22 Dienstkräfte**

- (1) Der Verband hat einen Geschäftsführer und nach Bedarf Ingenieure sowie einen Kassenverwalter im Beamten- oder Angestelltenverhältnis einzustellen. Beamte sind in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu berufen.
- (2) Der Geschäftsführer führt seine Tätigkeit im Rahmen einer Geschäftsordnung.
- (3) Die in Abs. 1 genannten Dienstkräfte werden vom Vorsteher auf Vorschlag des Vorstandes eingestellt.
- (4) Der Vorsteher kann weitere Angestellte als Dienstkräfte einstellen und sie entlassen, wenn der Vorstand zustimmt. Der Geschäftsführer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte ein und entlässt sie.
- (5) Der Kassenverwalter und sein Stellvertreter dürfen nicht dem Vorstand und dem Verbandsausschuss angehören. Sie dürfen nicht mit den Mitgliedern des Vorstandes bis zum 3. Grad verwandt, bis zum 2. Grad verschwägert, durch Adoption oder durch Ehe verbunden sein. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig.

## **§ 23 Gesetzliche Vertretung des Verbandes**

- (1) Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich und bei Abwesenheit der stellvertretende Verbandsvorsteher.
- (2) Der Geschäftsführer vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich für den Bereich der laufenden Verwaltung.
- (3) Die Aufsichtsbehörde erteilt den vertretungsbefugten Personen eine Bestätigung über die jeweilige Vertretungsbefugnis.

## **§ 24 Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten**

- (1) Die Vorstands- und Ausschussmitglieder sowie die Schaubeauftragten sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Die Vorstands- und Ausschussmitglieder, Schaubeauftragte und sonstige ehrenamtlich Tätige erhalten bei Wahrnehmung ihres Amtes als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen ein Sitzungsgeld und Reisekosten. Die Reisekosten richten sich nach dem Bundesreisekostengesetz.
- (3) Der Verbandsvorsteher erhält eine jährliche Aufwandsentschädigung und eine Reisekostenpauschale. Er ist im steuerrechtlichen Sinne Arbeitnehmer des Verbandes.

## **§ 25 Haushaltsplan**

- (1) Für den Haushaltsplan des Verbandes gilt die Landeshaushaltsordnung mit Ausnahme von § 105 Abs. 1, 107, 108, 109 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 2 letzter Halbsatz.

(2) Der Vorstand stellt durch Beschluss für jedes Haushaltsjahr den Haushaltsplan und nach Bedarf Nachträge dazu auf. Der Verbandsausschuss setzt den Haushaltsplan vor Beginn des Haushaltsjahres und die Nachträge während des Haushaltsjahres fest.

(3) Der Haushaltsplan enthält alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes im kommenden Rechnungsjahr. Er ist die Grundlage für die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben.

(4) Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

#### **§ 26**

##### **Nichtplanmäßige Ausgaben**

(1) Der Vorstand bewirkt Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht oder noch nicht festgesetzt sind, wenn der Verband dazu verpflichtet ist und ein Aufschub erhebliche Nachteile bringen würde. Entsprechendes gilt für Anordnungen, durch die Verbindlichkeiten des Verbandes entstehen können, ohne dass ausreichende Mittel im Haushalt vorgesehen sind.

(2) Der Vorstand unternimmt unverzüglich die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes und dessen Festsetzung durch den Verbandsausschuss.

#### **§ 27**

##### **Rechnungslegung und Prüfung**

(1) Der Vorstand stellt durch Beschluss die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Rechnungsjahres gemäß des Haushaltsplanes auf und legt sie dem Verbandsausschuss zur Kenntnis vor.

(2) Einem Prüfungsausschuss, der aus drei vom Verbandsausschuss aus seiner Mitte gewählten Mitglieder besteht, obliegen folgende Aufgaben:

- a) Laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege in rechnerischer, förmlicher und sachlicher Hinsicht
- b) Prüfung der Lagerbestände und der Vermögensbestände
- c) Prüfung der Vergabe von Bauleistungen und Lieferungen

(3) Der Prüfungsausschuss berichtet dem Vorstand schriftlich über das Ergebnis seiner Prüfung.

(4) Der Verbandsvorsteher gibt die Jahresrechnung und den Bericht des verbandsinternen Prüfungsausschusses an die von der obersten Aufsichtsbehörde bestimmten Prüfstelle ab.

#### **§ 28**

##### **Entlastung des Vorstandes**

(1) Nach Eingang der Prüfungsbemerkungen der Prüfstelle zur Jahresrechnung stellt der Vorstand die Vollständigkeit und Richtigkeit der Rechnungen fest. Er legt die Jahresrechnung und die Berichte des verbandsinternen Prüfungsausschusses und der Prüfstelle mit seiner Stellungnahme hierzu dem Verbandsausschuss vor. Dieser beschließt über die Entlastung des Vorstandes.

#### **§ 29**

##### **Beiträge**

(1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind. Die Beiträge bestehen in Geldleistungen (Geldbeiträge).

(2) Die Hebung von Mindestbeiträgen ist zulässig.

#### **§ 30**

##### **Beitragsverhältnis**

(1) a. Die Beitragslast für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung verteilt sich auf die Mitglieder im Verhältnis der Flächeninhalte der zum Verband gehörenden Grundstücke.

b. Die Beitragslast der Gewässer III. Ordnung verteilt sich auf die Beitragsabteilung Klitzenbach nach den Flächen in der Beitragsabteilung. Dazu werden die in der Beitragsabteilung aufgewendeten Kosten durch die Gesamtflächen der darin liegenden Grundstücke geteilt und der dabei entstehende Hektarsatz (Hebesatz) mit der jeweiligen Beitragsfläche pro Mitglied multipliziert.

(2) Der Hebesatz wird vom Verbandsausschuss festgelegt.

(3) Von denjenigen Mitgliedern, auf deren Flächen nach dem sonstigen Beitragsverhältnis ein Beitrag unterhalb des Hektarsatzes (maximal 25,00 €) entfiel, wird ein Mindestbeitrag in Höhe des Hektarsatzes, höchstens jedoch 25,00 € erhoben.

a. Der Verband hebt Beiträge für die Erschwerung der Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung nach Veranlagungsregeln, die Bestandteil dieser Satzung sind.

b. Der Verband hebt Beiträge für die Erschwerung der Unterhaltung der Gewässer III. Ordnung im Vorteilsgebiet Klitzenbach nach Veranlagungsregeln, die Bestandteil dieser Satzung sind.

(4) Wird in Ortsteilen die Entwässerung durch die Gemeinde oder Dritte zusammengefasst in Verbandsgewässer eingeleitet, kann mit Zustimmung des Ausschusses vereinbart werden, dass die Gemeinde oder Dritte die Beitragspflicht für die hierdurch entwässerten Flächen ganz oder zum Teil übernehmen. In diesem Fall sind die Grundeigentümer nicht oder nur zu einem Teil zu veranlagern.

(5) Für die Ausführung weiterer Aufgaben gemäß § 2 der Satzung ergibt sich die Beitragslast der Mitglieder aus dem Verhältnis der Vorteile, die sich aus den entsprechenden Aufgaben und Maßnahmen des Verbandes ergeben.

#### **§ 31**

##### **Ermittlung des Beitragsverhältnisses**

(1) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dem Verband alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und rechtzeitig zu machen und den Verband bei örtlich notwendigen Feststellungen zu unterstützen. Insbesondere Veränderungen in den Veranlagungsgrundlagen sind dem Verband unverzüglich mitzuteilen. Der Verband ist erst vom Zeitpunkt der Kenntnisnahme an verpflichtet, die entsprechenden Änderungen bei der Beitragsveranlagung vorzunehmen.

(2) Unbeschadet dessen wird der Betrag eines Mitgliedes nach pflichtgemäßem Ermessen durch den Vorstand ge-

schätzt, wenn

- a) das Mitglied die Bestimmung des Abs. 1 verletzt hat,
- b) es dem Verband ohne eigenes Verschulden nicht möglich ist, den Beitrag des Mitgliedes zu ermitteln.

### **§ 32**

#### **Hebung der Verbandsbeiträge**

- (1) Der Verband hebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des für ihn geltenden Beitragsmaßstabes durch Beitragsbescheid.
- (2) Wer seinen Beitrag nicht rechtzeitig leistet, hat einen Säumniszuschlag zu zahlen. Der Säumniszuschlag beträgt 1 v.H. des rückständigen Beitrages für jeden angefangenen Monat ab 6 Tagen nach Fälligkeitstag (Mindestens 2,00 Euro).
- (3) Für die Erstellung des ersten und zweiten Mahnschreibens werden je Mahnschreiben 5,00 Euro und für die dritte Mahnung 7,00 Euro erhoben.
- (4) Jedem Verbandsmitglied ist auf Verlangen Einsicht in die ihn betreffenden Unterlagen zu gewähren.

### **§ 33**

#### **Vorausleistungen auf Verbandsbeiträge**

- (1) Soweit es für die Durchführung des Unternehmens und die Verwaltung des Verbandes erforderlich ist, hebt der Verband von den Verbandsmitgliedern Vorausleistungen auf die Verbandsbeiträge im Verhältnis der Flächeninhalte der zum Verband gehörenden Grundstücke.

### **§ 34**

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

- (1) Für die Rechtsbehelfe gelten die allgemeinen Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung und der Ausführungsgesetze.
- (2) Gegen den Beitragsbescheid kann jeweils innerhalb eines Monats nach dessen Bekanntgabe der Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift in der Geschäftsstelle des Verbandes eingelegt werden. Über ihn entscheidet der Vorstand.
- (3) Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, kann gegen die Entscheidung des Vorstandes (Widerspruchsbescheid) innerhalb eines Monats nach Zustellung beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage erhoben werden.
- (4) Ein Rechtsbehelf hält die Zahlungsverpflichtung nicht auf.

### **§ 35**

#### **Anordnungsbefugnis**

- (1) Die Verbandsmitglieder und die „aufgrund eines vom Eigentümer abgeleiteten Rechts, Nutzungsberechtigten haben den auf Gesetz oder Satzung beruhenden Anordnungen des Vorstandes und des Geschäftsführers zu folgen.
- (2) Der Vollzug der Anordnung des Unterhaltungsverbandes richtet sich nach den landesrechtlichen Vorschriften.

### **§ 36**

#### **Bekanntmachungen**

- (1) Die öffentlichen Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen in den Gemeinden, auf die sich der Verband erstreckt nach für die Gemeinden geltenden Vorschriften über öffentliche Bekanntmachungen.

### **§ 37**

#### **Aufsicht**

- (1) Der Verband steht unter der Rechtsaufsicht des Landkreises Osnabrück in Osnabrück.
- (2) Die Aufsichtsbehörde kann sich auch durch Beauftragte über die Angelegenheiten des Verbandes unterrichten. Sie kann mündliche und schriftliche Berichte verlangen, Akten und andere Unterlagen anfordern, sowie an Ort und Stelle Prüfungen und Besichtigungen vornehmen.
- (3) Die Aufsichtsbehörde ist unter Angabe der Tagesordnung zu den Sitzungen der Verbandsorgane einzuladen. Ihrem Vertreter ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.

### **§ 38**

#### **Zustimmung zu den Geschäften**

- (1) Der Verband bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde
  - a. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,
  - b. zur Aufnahme von Darlehen, die über 50.000,00 Euro hinausgehen,
  - c. zur Übernahme der Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten,
  - d. zu Rechtsgeschäften mit einem Vorstandsmitglied einschließlich der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen.
- (2) Die Zustimmung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem in Abs. 1 genannten Geschäft wirtschaftlich gleichkommen.
- (3) Zur Aufnahme von Kassenkrediten genügt eine allgemeine Erläuterung mit Begrenzung auf einen Höchstbetrag.
- (4) Die Aufsichtsbehörde kann für bestimmte Geschäfte Ausnahmen von den Absätzen 1 bis 3 allgemein zulassen.
- (5) Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn sie nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige bei der Aufsichtsbehörde versagt wird. In begründeten Einzelfällen kann die Aufsichtsbehörde die Frist durch Zwischenbescheid um einen Monat verlängern.

### **§ 39**

#### **Verschwiegenheitspflicht**

- (1) Vorstandsmitglieder, Mitglieder des Verbandsausschusses, Geschäftsführer sowie Angestellte des Verbandes sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekanntwerdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Verschwiegenheit zu bewahren. Die Verpflichtung ist aktenkundig zu machen.

(2) Im Übrigen bleiben die Vorschriften der Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder über die Verschwiegenheitspflicht unberührt.

#### **§ 40 Inkrafttreten**

(1) Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 29.12.1995 mit den entsprechenden Änderungen und Ergänzungen außer Kraft.

**Bersenbrück**, den 01.10.2020

Andreas Höger  
Verbandsvorsteher

Ich genehmige hiermit nach § 58 Abs. 2 WVG die am 01.10.2020 beschlossene Satzung des Unterhaltungsverbandes Nr. 97 „Mittlere Hase“.

**Osnabrück**, den 27.11.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin  
Fachdienst Umwelt  
i. A. Bredol

#### **Veranlagungsregeln des Unterhaltungsverbandes 97 „Mittlere Hase“ Bersenbrück**

#### **§ 1 Beitragsberechnung**

Der Beitrag ergibt sich aus der Multiplikation des Beitragsverhältnisses mit dem ha- Satz. Das Beitragsverhältnis wird durch eine Beitragszahl in Hektar ausgedrückt. Bei der Bestimmung der Beitragszahl wird zunächst von der Fläche ausgegangen, mit der das Mitglied am Verbandsgebiet beteiligt ist. Zusätzlich wird die Beitragszahl um Flächengleichwerte für die Beiträge erhöht, die für die Erschwerung der Unterhaltung nach § 64 Abs. 1 S. 4 NWG für Versiegelungen und Abwasserleitungen erhoben werden. Für sonst gehobene Erschwerungsbeiträge wird ebenfalls ein ha-Gleichwert zur Beitragszahl hinzuaddiert.

Der ha-Satz ergibt sich aus der Verteilung der Kosten auf die maßgebliche, unter Gewichtung der Erschwerungsbeiträge und Mindestbeiträge sich ergebende Verbandsfläche. Er wird in Euro pro Hektar ausgedrückt und jährlich durch den Verbandsausschuss im Rahmen des Haushaltsplanes festgesetzt.

Ergibt sich nach Multiplikation der Beitragszahl mit dem ha-Satz ein Betrag unterhalb des Mindestbeitrages, wird der Mindestbeitrag festgesetzt.

#### **§ 2 Hebung der Verbandsbeiträge**

1. Am Ende eines jeden Veranlagungsjahres wird die Beitragskartei nach dem Besitzstandsnachweis des Katasteramtes für die kommende Veranlagung berichtigt. Für die Beitragskartei maßgebend ist der Stand vom 1. Januar eines jeden Veranlagungsjahres.
2. Wechselt im Laufe des Veranlagungsjahres ein Grundstück den Eigentümer, so hat bei einem Wechsel durch Erbgang der Rechtsnachfolger, bei einem Wechsel auf Grund eines Vertrages der Veräußerer die Änderung dem Unterhaltungsverband 97 anzuzeigen. Im Übrigen ist jedes Mitglied verpflichtet, dem Unterhaltungsverband 97 Änderungen anzuzeigen.
3. Zeigt ein Mitglied den Wechsel des Eigentums an einem Grundstück nach Abs. 2 nicht an, so bleibt er dem Verband gegenüber, neben dem Erwerber, berechtigt und verpflichtet.
4. Hat ein Verbandsmitglied auf verschiedenen Bestandsblättern und Gemeinden seinen Grundbesitz verzeichnet, so wird dieser, soweit möglich, bei der Veranlagung zusammengezogen.
5. Haben Ehepartner jeweils eigenen Grundbesitz, eingetragen auf verschiedenen Bestandskarten, so werden die Ehepartner getrennt veranlagt.
6. Sind auf einem Bestandsblatt zwei Grundstückseigentümer in ungeteilter Erbgemeinschaft eingetragen, so werden diese zusammen veranlagt.
7. Entsprechendes gilt für Grundeigentümer, die zu 1 / 2 oder zur ideellen Hälfte auf einem Bestandsblatt eingetragen sind.
8. Sind auf einem Beitragsblatt Miteigentumsanteile eingetragen, so werden diese zusammen veranlagt. Bei weiterem Grundbesitz eines Miteigentümers auf einer anderen Bestandskarte wird sein Miteigentumsanteil nicht hinzu gerechnet.
9. Wird eine zusammenhängende Fläche durch die Grenze des Niederschlagsgebietes zum Nachbarverband so getrennt, dass die kleinere Fläche mit dem Mindestbeitrag zu veranlagen wäre, so wird die Gesamtfläche von dem Unterhaltungsverband veranlagt, in dem die größere Fläche liegt.
10. Flächen der Wasserläufe zweiter Ordnung sind, wie alle anderen Flächen, zur Veranlagung heranzuziehen.

#### **§ 3 Zahlung der Verbandsbeiträge**

1. Soweit keine Einzugsermächtigung vorliegt, ist der Beitrag spätestens 1 Monat nach Ausstellung des Bescheides zu zahlen.
2. Beiträge über 300,00 Euro können von den Mitgliedern in zwei Raten eingezahlt werden. Die erste Rate muss mindestens 300,00 Euro betragen. Der Restbeitrag wird innerhalb 4 Monaten nach Ausstellung des Bescheides fällig. Für korporative Mitglieder gilt diese Regelung nicht.

3. Durch die Einlegung eines Rechtsmittels wird die Verpflichtung zur termingerechten Zahlung weder aufgehoben noch aufgeschoben.
4. Durch die Abgabe der Einzugsermächtigung wird das Widerspruchsrecht nicht aufgehoben.
5. Zahlungspflichtige gegenüber dem Unterhaltungsverband sind stets der Grundstückseigentümer bzw. der Erbbauberechtigte oder dessen Beauftragter. Verpachtung oder Vermietung hebt die Zahlungspflicht des Eigentümers nicht auf.

#### **§ 4 Erschwernisbeiträge**

1. Zusätzlicher Beitrag für Versiegelungen
  - a) Für eine versiegelte Fläche, die im Liegenschaftskataster mit einer der folgenden Bezeichnungen und der entsprechenden Kennung sowie der Attributart „Funktion“, „ohne Funktion“, „Vegetationsmerkmal“ oder „Art der Festlegung“ eingetragen ist, wird nach Maßgabe der in Spalte 2 enthaltenen Begriffsbestimmung nach folgender Tabelle ein zusätzlicher Beitrag zum normalen Flächenbeitrag mit dem angegebenen Mehrfachen des ha-Satzes erhoben.

aa) **Leicht versiegelte Fläche**  
**einfacher Hektarsatz**

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Flächen besonderer funktionaler Prägung</b>	Fläche besonderer funktionaler Prägung ist eine baulich geprägte Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freifläche, auf denen vorwiegend Gebäude und/oder Anlagen zur Erfüllung öffentlicher Zwecke oder historische Anlagen vorhanden sind.	<b>41007</b>
<b>Historische Anlage</b>	Historische Anlage ist eine Fläche mit historischen Anlagen, z.B. historische Stadtmauern und -türme, von Denkmälern und Ausgrabungsstätten.	<b>Funktion 1300</b>
<b>Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche</b>	Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche ist eine bebaute oder unbebaute Fläche, die dem Sport, der Freizeitgestaltung oder der Erholung dient.	<b>41008</b>
<b>Sportanlage</b>	Sportanlage ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Ausübung von (Wettkampf-) Sport und für Zuschauer bestimmt ist.	<b>Funktion 4100</b>
<b>Golfplatz</b>	Golfplatz ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Ausübung des Golfsports genutzt wird.	<b>Funktion 4110</b>
<b>Verkehrsübungsplatz</b>	Verkehrsübungsplatz ist eine Fläche, die Übungs- und Erprobungszwecken dient.	<b>Funktion 4270</b>
<b>Hundeübungsplatz</b>	Hundeübungsplatz ist eine Fläche, auf der Übungen mit Hunden durchgeführt werden.	<b>Funktion 4280</b>
<b>Modellflugplatz</b>	Modellflugplatz ist eine Fläche, die zur Ausübung des Modellflugsports dient.	<b>Funktion 4290</b>
<b>Schwimmbad, Freibad</b>	Schwimmbad, Freibad ist eine Anlage mit Schwimmbecken oder Anlage an Ufern von Gewässern für den Badebetrieb und Schwimmsport.	<b>Funktion 4320</b>
<b>Campingplatz</b>	Campingplatz ist eine Fläche für den Aufbau einer größeren Zahl von Zelten oder zum Abstellen und Benutzen von Wohnwagen mit ortsfesten Anlagen und Einrichtungen	<b>Funktion 4330</b>
<b>Grünanlage</b>	Grünanlage ist eine Anlage mit Bäumen, Sträuchern, Rasenflächen, Blumenrabatten und Wegen, die vor allem der Erholung und Verschönerung des Stadtbildes dient.	<b>Funktion 4400</b>
<b>Grünfläche</b>	Grünfläche ist eine unbebaute Wiese, Rasenfläche und Parkanlage in Städten und Siedlungen.	<b>Funktion 4410</b>
<b>Park</b>	Park ist eine landschaftsgärtnerisch gestaltete Grünanlage, die der Repräsentation und der Erholung dient.	<b>Funktion 4420</b>
<b>Botanischer Garten</b>	Botanischer Garten ist ein der Öffentlichkeit zugänglicher Garten zum Studium der Pflanzenwelt; systematisch geordnete Sammlung in Freiland und Gewächshäusern (Warmhäuser).	<b>Funktion 4430</b>
<b>Kleingarten</b>	Kleingarten (Schrebergarten) ist eine Anlage von Gartengrundstücken, die von Vereinen verwaltet und verpachtet werden.	<b>Funktion 4440</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Spielplatz, Bolzplatz</b>	Spielplatz, Bolzplatz ist ein Platz an dem körperliche oder geistige Tätigkeiten aus eigenem Antrieb ohne Zweckbestimmung ausgeübt wird.	<b>Funktion 4470</b>
<b>Friedhof</b>	Friedhof ist eine Fläche, auf der Tote bestattet sind.	<b>41009</b>
<b>Friedhof (Park)</b>	Friedhof (Park) ist der Friedhof, der als Park angelegt ist.	<b>Ohne Funktion*)</b> <b>Funktion 9403</b>
<b>Historischer Friedhof</b>	Historischer Friedhof ist ein Friedhof, der als historisch gilt.	<b>Funktion 9404</b>
<b>Landwirtschaft</b>	Landwirtschaft ist eine Fläche für den Anbau von Feldfrüchten, sowie eine Fläche, die beweidet und gemäht werden kann, einschließlich der mit besonderen Pflanzen angebauten Fläche. Die Brache, die für einen bestimmten Zeitraum (z.B. ein halbes oder ganzes Jahr) landwirtschaftlich unverbaut bleibt, ist als Landwirtschaft oder Ackerland zu erfassen.	<b>43001</b>
<b>Gartenland</b>	Gartenland ist eine Fläche für den Anbau von Gemüse, Obst und Blumen sowie die Aufzucht von Kulturpflanzen, soweit sie von Saat-, Pflanz- oder Baumschulen genutzt wird.	<b>Vegetationsmerkmal 1030</b>
<b>Baumschule</b>	Baumschule ist eine Fläche, auf der Holzgewächse aus Samen, Ablegern oder Stecklingen unter mehrmaligem Umpflanzen (Verschulen) gezogen werden.	<b>Vegetationsmerkmal 1031</b>
<b>Damm, Wall, Deich</b>	Damm, Wall, Deich ist eine aus Erde oder anderen Baustoffen bestehende langgestreckte Aufschüttung, die Vegetation tragen kann.	<b>61003</b>
<b>Sonstiges Recht</b>	Sonstiges Recht sind die auf den Grund und Boden bezogenen Beschränkungen, Belastungen oder anderen Eigenschaften einer Fläche.	<b>71011</b>
<b>Truppenübungsplatz, Standortübungsplatz</b>	Truppenübungsplatz, Standortübungsplatz ist ein Gelände zur militärischen Ausbildung.	<b>Art der Festlegung 4720</b>
<b>bb) Mitteldicht versiegelte Flächen: zweieinhalbfacher Hektarsatz</b>		
<b>Industrie- und Gewerbefläche</b>	Industrie- und Gewerbefläche ist eine Fläche, die vorwiegend industriellen oder gewerblichen Zwecken dient.	<b>41002</b>
<b>Lagerplatz</b>	Lagerplatz bezeichnet Flächen, auf denen inner- und außerhalb von Gebäuden wirtschaftliche Güter gelagert werden.	<b>Funktion 1740</b>
<b>Betriebsfläche Versorgungsanlage</b>	Betriebsfläche Versorgungsanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Wärme und Wasser vorhanden sind.	<b>Funktion 2502</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Förderanlage</b>	Förderanlage bezeichnet eine Fläche mit Einrichtungen zur Förderung von Erdöl, Erdgas, Sole, Kohlensäure oder Erdwärme aus dem Erdinneren.	<b>Funktion 2510</b>
<b>Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wasser</b>	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wasser, ist Teil von Wasserwerk. Wasserwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Gewinnung und/ oder zur Aufbereitung von Trinkwasser.	<b>Funktion 2522</b>
<b>Betriebsfläche Versorgungsanlage, Elektrizität</b>	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Elektrizität, ist ein Teil von Kraftwerk. Kraftwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von elektrischer Energie.	<b>Funktion 2532</b>
<b>Umspannstation</b>	Umspannstation bezeichnet eine Fläche mit Gebäuden und sonstigen Einrichtungen, um Strom auf eine andere Spannungsebene zu transformieren.	<b>Funktion 2540</b>
<b>Betriebsfläche Versorgungsanlage, Öl</b>	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Öl, ist Teil von Raffinerie. Raffinerie bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Erdöl.	<b>Funktion 2552</b>
<b>Betriebsfläche Versorgungsanlage, Gas</b>	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Gas, ist Teil von Gaswerk. Gaswerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Gas.	<b>Funktion 2562</b>
<b>Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wärme</b>	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wärme, ist Teil von Heizwerk. Heizwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von Wärmeenergie zu Heizzwecken.	<b>Funktion 2572</b>
<b>Betriebsfläche Ver- sorgungsanlage Funk- und Fernmeldewesen</b>	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Funk- und Fernmeldewesen, ist Teil von Funk- und Fernmeldeanlage. Funk- und Fernmeldeanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur elektronischen Informationsvermittlung stehen.	<b>Funktion 2582</b>
<b>Betriebsfläche Entsorgungsanlage</b>	Betriebsfläche Entsorgungsanlage ist Teil von Entsorgung. Entsorgung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Verwertung und Entsorgung von Abwasser und festen Abfallstoffen vorhanden sind.	<b>Funktion 2602</b>
<b>Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung</b>	Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung ist Teil von Kläranlage, Klärwerk. Kläranlage, Klärwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Reinigung von Abwasser.	<b>Funktion 2612</b>
<b>Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung</b>	Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung ist Teil von Abfallbehandlungsanlage. Abfallbehandlungsanlage bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen, auf der Abfälle mit chemisch/physikalischen und biologischen oder thermischen Verfahren oder Kombinationen dieser Verfahren behandelt werden	<b>Funktion 2622</b>



Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Schlamm</b>	Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Schlamm, ist Teil von Abfallbehandlungsanlage. Abfallbehandlungsanlage bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen, auf der Abfälle mit chemisch/physikalischen und biologischen oder thermischen Verfahren oder Kombinationen dieser Verfahren behandelt werden.	<b>Funktion 2623</b>
<b>Deponie (oberirdisch)</b>	Deponie (oberirdisch) bezeichnet eine Fläche, auf der oberirdisch Abfallstoffe gelagert werden. Es wird die durch eine Abgrenzung erkennbare Betriebsfläche erfasst. Sie muss nicht mit der Böschungskante übereinstimmen.	<b>Funktion 2630</b>
<b>Deponie (untertägig)</b>	Deponie (untertägig) bezeichnet eine oberirdische Betriebsfläche, unter der Abfallstoffe eingelagert werden (Untertagedeponie). Deponie (Untertägig) grenzt bis an die Oberfläche. I.d.R. wird nur die Fläche des Einfurschachts für Deponie (untertägig) erfasst.	<b>Funktion 2640</b>
<b>Halde</b>	Halde ist eine Fläche, auf der Material langfristig gelagert wird und beschreibt die auch im Relief zu modellierende tatsächliche Aufschüttung. Aufgeforstete Abraumhalden werden als Objekt der Objektart Wald erfasst.	<b>41003</b>
<b>Tagebau, Grube, Steinbruch</b>	Tagebau, Grube, Steinbruch ist eine Fläche, auf der oberirdisch Bodenmaterial abgebaut wird. Rekultivierte Tagebaue, Gruben, Steinbrüche werden als Objekte entsprechend der vorhandenen Nutzung erfasst.	<b>41005</b>
<b>Straßenverkehr</b>	Straßenverkehr umfasst alle für die bauliche Anlage Straße erforderlichen sowie dem Straßenverkehr dienenden bebauten und unbebauten Flächen.	<b>42001</b>
<b>Verkehrsbegleitfläche Straße</b>	Verkehrsbegleitfläche Straße bezeichnet eine bebaute oder unbebaute Fläche, die einer Straße zugeordnet wird. Die Verkehrsbegleitfläche Straße ist nicht Bestandteil der Fahrbahn.	<b>Ohne Funktion*) Funktion 2312</b>
<b>Fußgängerzone</b>	Fußgängerzone ist ein dem Fußgängerverkehr vorbehaltener Bereich, in dem ausnahmsweise öffentlicher Personenverkehr, Lieferverkehr oder Fahrradverkehr zulässig sein kann.	<b>Funktion 5130</b>
<b>Weg</b>	Weg umfasst alle Flächen, die zum Befahren und/oder Begehen vorgesehen sind. Zum Weg gehören auch Seitenstreifen und Gräben zur Wegentwässerung.	<b>42006</b>
<b>Fußweg</b>	Fußweg ist ein Weg, der auf Grund seines Ausbaustandes nur von Fußgängern zu begehen ist.	<b>Ohne Funktion*) Funktion 5220</b>
<b>Radweg</b>	Radweg ist ein Weg, der als besonders gekennzeichnete und abgegrenzte Teil einer Straße oder mit selbstständiger Linienführung für den Fahrradverkehr bestimmt ist.	<b>Funktion 5240</b>
<b>Rad- und Fußweg</b>	Rad- und Fußweg ist ein Weg, der als besonders gekennzeichnete und abgegrenzte Teil einer Straße oder mit selbstständiger Linienführung ausschließlich für den Fahrrad- und Fußgängerverkehr bestimmt ist.	<b>Funktion 5250</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Platz</b>	Platz ist eine Verkehrsfläche in Ortschaften oder eine ebene, befestigte oder unbefestigte Fläche, die bestimmten Zwecken dient (z. B. für Verkehr, Märkte, Festveranstaltungen).	<b>42009</b>
<b>Fußgängerzone</b>	Fußgängerzone ist ein dem Fußgängerverkehr vorbehalten Bereich, in dem ausnahmsweise öffentlicher Personenverkehr, Lieferverkehr oder Fahrradverkehr zulässig sein kann.	<b>Ohne Funktion*)</b> <b>Funktion 5130</b>
<b>Parkplatz</b>	Parkplatz ist eine zum vorübergehenden Abstellen von Fahrzeugen bestimmte Fläche.	<b>Funktion 5310</b>
<b>Rastplatz</b>	Rastplatz ist eine Anlage zum Halten, Parken oder Rasten der Verkehrsteilnehmer mit unmittelbarem Anschluss zur Straße ohne Versorgungseinrichtung, ggf. mit Toiletten.	<b>Funktion 5320</b>
<b>Raststätte</b>	Raststätte ist eine Anlage an Verkehrsstraßen mit Bauwerken und Einrichtungen zur Versorgung und Erholung von Reisenden.	<b>Funktion 5330</b>
<b>Marktplatz</b>	Marktplatz ist eine Fläche, auf dem Wochenmärkte abgehalten werden.	<b>Funktion 5340</b>
<b>Festplatz</b>	Festplatz ist eine Fläche, auf der zeitlich begrenzte Festveranstaltungen stattfinden.	<b>Funktion 5350</b>
<b>Bahnverkehr</b>	Bahnverkehr umfasst alle für den Schienenverkehr erforderlichen Flächen.  Flächen von Bahnverkehr sind:  der Bahnkörper (Unterbau für Gleise; bestehend aus Dämmen oder Einschnitten und deren kleineren Böschungen, Durchlässen, schmalen Gräben zur Entwässerung, Stützmauern, Unter- und Überführung, Seiten und Schutzstreifen) mit seinen Bahnstrecken  an den Bahnkörper angrenzende bebaute und unbebaute Flächen (z.B. Böschungsflächen).	<b>42010</b>  <b>Ohne Funktion*)</b>
<b>Verkehrsbegleitfläche Bahnverkehr</b>	Verkehrsbegleitfläche Bahnverkehr bezeichnet eine bebaute oder unbebaute, an den Bahnkörper angrenzende Fläche, die dem Schienenverkehr dient.	<b>Funktion 2322</b>
<b>Flugverkehr</b>	Flugverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Flugverkehr dient.	<b>42015</b>  <b>Ohne Funktion*)</b>
<b>Schiffsverkehr</b>	Schiffsverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Schiffsverkehr dient.	<b>42016</b>  <b>Ohne Funktion*)</b>
<b>Hafenanlage (Landfläche)</b>	Hafenanlage (Landfläche) bezeichnet die Fläche innerhalb des Hafens, die nicht von Wasser bedeckt ist und die ausschließlich zum Betrieb des Hafens dient.	<b>Funktion 5610</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Schleuse (Landfläche)</b>	Schleuse (Landfläche) bezeichnet die Fläche innerhalb der Schleuse, die nicht von Wasser bedeckt ist und die ausschließlich zum Betrieb der Schleuse dient.	<b>Funktion 5620</b>
<b>Anlegestelle (Landfläche)</b>	Anlegestelle (Landfläche) umfasst mehr als den überlagernden landseitigen Anleger, der eine feste oder schwimmende Einrichtung zum Anlegen von Schiffen ist.	<b>Funktion 5630</b>
<b>Fähranlage (Landfläche)</b>	Fähranlage (Landfläche) ist eine besondere Landfläche von der in der Regel nach festem Fahrplan über Flüsse, Seen, Kanäle, Meerengen oder Meeresarme ein Schiffsverkehr stattfindet.	<b>Funktion 5640</b>
<b>Unland, Vegetationslose Fläche</b>	Unland, Vegetationslose Fläche ist eine Fläche, die dauerhaft landwirtschaftlich nicht genutzt wird, wie z.B. nicht aus dem Geländere relief herausragende Felspartien, Sand- oder Eisflächen, Uferstreifen längs von Gewässern und Sukzessionsflächen.	<b>43007</b>
<b>Gewässerbegleitfläche</b>	Gewässerbegleitfläche bezeichnet eine bebaute oder unbebaute Fläche, die einem Fließgewässer zugeordnet wird. Die Gewässerbegleitfläche ist nicht Bestandteil der Gewässerfläche.	<b>Funktion 1100</b>
<b>cc) Stärker versiegelte Flächen: vierfacher Hektarsatz</b>		
<b>Wohnbaufläche</b>	Wohnbaufläche ist eine baulich geprägte Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freiflächen (Vorgärten, Ziergärten, Zufahrten, Stellplätze und Hofraumflächen), die ausschließlich oder vorwiegend dem Wohnen dient.	<b>41001</b>
<b>Industrie- und Gewerbefläche</b>	Industrie- und Gewerbefläche ist eine Fläche, die vorwiegend industriellen oder gewerblichen Zwecken dient.	<b>41002</b>
<b>Handel und Dienstleistungen</b>	Handel und Dienstleistungen bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude stehen, in denen Handels- und/oder Dienstleistungsbetriebe ansässig sind.	<b>Funktion 1400</b>
<b>Ausstellung, Messe</b>	Ausstellung, Messe bezeichnet eine Fläche mit Ausstellungshallen und sonstigen Einrichtungen zur Präsentation von Warenmustern.	<b>Funktion 1450</b>
<b>Gärtnerei</b>	Gärtnerei bezeichnet eine Fläche mit Gebäuden, Gewächshäusern und sonstigen Einrichtungen zur Aufzucht von Blumen und Gemüsepflanzen. Baumschulen werden als Objekte der Objektarten Landwirtschaft erfasst.	<b>Funktion 1490</b>
<b>Industrie und Gewerbe</b>	Industrie und Gewerbe bezeichnet Flächen, auf denen vorwiegend Industrie- und Gewerbebetriebe vorhanden sind. Darin sind Gebäude- und Freiflächen und die Betriebsfläche Lagerplatz enthalten.	<b>Funktion 1700</b>
<b>Werft</b>	Werft ist eine Betriebsfläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zum Bau oder zur Reparatur von Schiffen.	<b>Funktion 1790</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage</b>	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Wärme und Wasser vorhanden sind.	<b>Funktion 2501</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wasser</b>	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wasser, ist Teil von Wasserwerk. Wasserwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Gewinnung und/ oder zur Aufbereitung von (Trink-) Wasser.	<b>Funktion 2521</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Elektrizität</b>	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Elektrizität, ist Teil von Kraftwerk. Kraftwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von elektrischer Energie.	<b>Funktion 2531</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Öl</b>	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Öl ist ein Teil von Raffinerie. Raffinerie bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Erdöl.	<b>Funktion 2551</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Gas</b>	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Gas ist Teil von Gaswerk. Gaswerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Gas.	<b>Funktion 2561</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wärme</b>	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wärme, ist Teil von Heizwerk. Heizwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von Wärmeenergie zu Heizzwecken.	<b>Funktion 2571</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Funk- und Fernmeldewesen</b>	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Funk- und Fernmeldewesen, ist Teil von Funk- und Fernmeldeanlage. Funk- und Fernmeldeanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur elektronischen Informationsvermittlung stehen.	<b>Funktion 2581</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage</b>	Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage ist Teil von Entsorgung. Entsorgung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Verwertung und Entsorgung von Abwasser und festen Abfallstoffen vorhanden sind.	<b>Funktion 2601</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung</b>	Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung, ist Teil von Kläranlage, Klärwerk. Kläranlage, Klärwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Reinigung von Abwasser.	<b>Funktion 2611</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung</b>	Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung, ist Teil von Abfallbehandlungsanlage. Abfallbehandlungsanlage bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen, auf der Abfälle mit chemisch/physikalischen und biologischen oder thermischen Verfahren oder Kombinationen dieser Verfahren behandelt werden.	<b>Funktion 2621</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Fläche gemischter Nutzung</b>	Fläche gemischter Nutzung ist eine bebaute Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freifläche (Hofraumfläche, Hausgarten), auf der keine Art der baulichen Nutzung vorherrscht. Solche Flächen sind insbesondere ländlich-dörflich geprägte Flächen mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Wohngebäuden u.a.	<b>41006</b>
<b>Gebäude- und Freifläche Land- und Forstwirtschaft</b>	Gebäude- und Freifläche Land- und Forstwirtschaft ist eine Fläche, die der Land- und Forstwirtschaft dient.	<b>Funktion 2700</b>
<b>Flächen besonderer funktionaler Prägung</b>	Flächen besonderer funktionaler Prägung ist eine baulich geprägte Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freifläche, auf denen vorwiegend Gebäude und/oder Anlagen zur Erfüllung öffentlicher Zwecke oder historische Anlagen vorhanden sind.	<b>41007</b>
<b>Öffentliche Zwecke</b>	Öffentliche Zwecke bezeichnet eine Fläche, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben und der Allgemeinheit dient.	<b>Funktion 1100</b>
<b>Verwaltung</b>	Verwaltung bezeichnet eine Fläche auf der vorwiegend Gebäude der öffentlichen Verwaltung, z.B. Rathaus, Gericht, Kreisverwaltung stehen.	<b>Funktion 1110</b>
<b>Bildung und Forschung</b>	Bildung und Forschung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude stehen, in denen geistige, kulturelle und soziale Fähigkeiten vermittelt werden und/oder wissenschaftliche Forschung betrieben wird (z.B. Schulen, Universitäten, Forschungsinstitut).	<b>Funktion 1120</b>
<b>Kultur</b>	Kultur bezeichnet eine Fläche auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude für kulturelle Zwecke, z.B. Konzert- und Museumsgebäude, Bibliotheken, Theater, Schlösser und Burgen sowie Rundfunk- und Fernsehgebäude stehen.	<b>Funktion 1130</b>
<b>Religiöse Einrichtung</b>	Religiöse Einrichtung bezeichnet eine Fläche auf der vorwiegend religiöse Gebäude stehen.	<b>Funktion 1140</b>
<b>Gesundheit, Kur</b>	Gesundheit, Kur bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude des Gesundheitswesens stehen, z.B. Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten.	<b>Funktion 1150</b>
<b>Soziales</b>	Soziales bezeichnet eine Fläche auf der vorwiegend Gebäude des Sozialwesens stehen, z.B. Kindergärten, Jugend- und Senioreneinrichtung, Freizeit-, Fremden- und Obdachlosenheime.	<b>Funktion 1160</b>
<b>Sicherheit und Ordnung</b>	Sicherheit und Ordnung bezeichnet eine Fläche auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude der Polizei, der Bundeswehr, der Feuerwehr und der Justizvollzugsbehörden stehen.	<b>Funktion 1170</b>
<b>Parken</b>	Parken bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zum Vorübergehenden Abstellen von Fahrzeugen stehen.	<b>Funktion 1200</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche</b>  <b>Gebäude- und Freifläche Sport, Freizeit, Erholung</b>  <b>Freizeitanlage</b>  <b>Zoo</b>  <b>Safaripark, Wildpark</b>  <b>Freizeitpark</b>  <b>Freilichttheater</b>  <b>Freilichtmuseum</b>  <b>Autokino, Freilichtkino</b>  <b>Erholungsfläche</b>  <b>Wochenend- und Ferienhausfläche</b>	<p>Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche ist eine bebaute oder unbebaute Fläche, die dem Sport, der Freizeitgestaltung oder der Erholung dient.</p> <p>Gebäude- und Freifläche Sport, Freizeit, Erholung ist eine bebaute Fläche, die dem Sport, der Freizeitgestaltung oder der Erholung dient.</p> <p>Freizeitanlage ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Freizeitgestaltung bestimmt ist.</p> <p>Zoo ist ein Gelände mit Tierschauhäusern und umzäunten Gehegen, auf dem Tiere gehalten und gezeigt werden.</p> <p>Safaripark, Wildpark, ist ein Gelände mit umzäunten Gehegen, in denen Tiere im Freien gehalten und gezeigt werden.</p> <p>Freizeitpark ist ein Gelände mit Karussells, Verkaufs- und Schaubuden und/oder Wildgattern, das der Freizeitgestaltung dient.</p> <p>Freilichttheater ist eine Anlage mit Bühne und Zuschauerbänken für Theateraufführungen im Freien.</p> <p>Freilichtmuseum ist eine volkskundliche Museumsanlage, in der Wohnformen oder historische Betriebsformen in ihrer natürlichen Umgebung im Freien dargestellt werden.</p> <p>Autokino, Freilichtkino ist ein Lichtspieltheater im Freien, in dem der Film im Allgemeinen vom Auto aus angesehen wird.</p> <p>Erholungsfläche ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Erholung bestimmt ist.</p> <p>Wochenend- und Ferienhausfläche bezeichnet eine extra dafür ausgewiesene Fläche auf der vorwiegend Wochenend- und Ferienhäuser stehen dürfen.</p>	<p><b>41008</b></p> <p><b>Funktion 4001</b></p> <p><b>Funktion 4200</b></p> <p><b>Funktion 4210</b></p> <p><b>Funktion 4220</b></p> <p><b>Funktion 4230</b></p> <p><b>Funktion 4240</b></p> <p><b>Funktion 4250</b></p> <p><b>Funktion 4260</b></p> <p><b>Funktion 4300</b></p> <p><b>Funktion 4310</b></p>
<b>Straßenverkehr</b>  <b>Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Straße</b>	<p>Straßenverkehr umfasst alle für die bauliche Anlage Straße erforderlichen sowie dem Straßenverkehr dienenden bebauten und unbebauten Flächen.</p> <p>Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Straße, ist eine Fläche, die der Abwicklung und Sicherheit des Verkehrs sowie der Unterhaltung der Verkehrsfläche dient.</p>	<p><b>42001</b></p> <p><b>Funktion 2311</b></p>
<b>Bahnverkehr</b>	<p>Bahnverkehr umfasst alle für den Schienenverkehr erforderlichen Flächen.</p> <p>Flächen von Bahnverkehr sind:  der Bahnkörper (Unterbau für Gleise; bestehend aus Dämmen oder Einschnitten und deren kleineren Böschungen, Durchlässen, schmalen Gräbern zur Entwässerung, Stützmauern, Unter- und Überführung, Seiten und Schutzstreifen) mit seinen Bahnstrecken,   an den Bahnkörper angrenzende bebaute und unbebaute Flächen (z.B. Böschungsflächen).</p>	<b>42010</b>

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	ALKIS-Kennung [Objektkennung/ Attributart mit Wert]
1	2	3
<b>Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlage, Schiene</b>	Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlage, Schiene dient der Abwicklung und Sicherheit des Verkehrs sowie der Unterhaltung der Verkehrsfläche.	<b>Funktion 2321</b>
<b>Flugverkehr</b>	Flugverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Flugverkehr dient.	<b>42015</b>
<b>Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlage, Luftfahrt</b>	Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Luftfahrt, ist eine besondere Flugverkehrsfläche.	<b>Funktion 5501</b>
<b>Schiffsverkehr</b>	Schiffsverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Schiffsverkehr dient.	<b>42016</b>
<b>Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Schifffahrt</b>	Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Schifffahrt ist eine Fläche, die dem Schiffsverkehr dient.	<b>Funktion 2341</b>

#### Fußnoten:

\*) Bei Kennungen, bei denen die Attributart „ohne Funktion“ steht, werden auch alle Flächen ohne Funktionsbelegung im Kataster veranlagt.

Bei Kennung, bei denen die Attributart „ohne Funktion“ fehlt, werden nur die Flächen mit aufgeführter Funktionsbelegung, Art der Festlegung oder aufgeführtem Vegetationsmerkmal im Kataster veranlagt

b) Der Beitrag nach Buchstabe a wird auf Antrag der beitragspflichtigen Person nicht erhoben, wenn diese nachweist, dass die betroffene Fläche vollständig unversiegelt ist.

c) Ist eine Gemeinde nach § 63 oder § 64 Abs. 3 Satz 3 NWG Mitglied eines Unterhaltungsverbandes, so können die versiegelten Flächen im Gemeindegebiet abweichend von Buchstabe a in der Weise berücksichtigt werden, dass von der Gemeinde ein Beitrag in Höhe von höchstens dem Hektarsatz je Einwohnerin oder Einwohner, die oder der im Verbandsgebiet wohnt, erhoben wird.

d) **Erschwerungsregelung Beitragsgebiet Klitzenbach:**  
**Mindestbeitrag** ist gleich Hektarsatz  
**Erschwerungsbeitrag für an den Regenkanal angeschlossene Flächen:** 1,5 x Hektarsatz

#### 2. Zusätzlicher Beitrag für Wasser- und Abwassereinleitungen

Wer Wasser oder Abwasser einleitet, kann je eingeleitetem vollen Kubikmeter mit einem 2 500stel des Hektarsatzes herangezogen werden. Ausgenommen ist Niederschlagswasser.

#### 3. Erschwerung der Unterhaltung durch Bauwerke in und am Gewässer

##### Stauanlagen und Schleusen

Für Stauwehre und Schleusen, die zur Bewässerung, Wasserhaltung etc. dienen, werden pro qm ihrer Fläche (Stautafelbreite x Stautafelhöhe) mit dem 10-fachen ha-Satz veranlagt.

#### 4. Sonstige erschwerende Anlagen

1. Ufergrundstücke, die wegen ihrer Nutzung oder Gestaltung die Unterhaltung des Gewässers erschweren, insbesondere eine wirtschaftliche Reinigung nicht zulassen, (z.B. Häuser, Mauern, Gleisanlagen, Gärten, Baumbestände, Hecken u.ä.) werden mit den 0,3 fachen ha-Satz je lfdm veranlagt.

2. Für Brücken, bebaute Ufer (Häuser, Mauern u.ä.) längere überbaute Gewässerstrecken und Durchlässe werden Zuschläge, wenn Schäden am Wasserlauf auftreten, je lfdm bebautes Ufer und je lfdm Pfeiler mit dem 1-fachen ha-Satz veranlagt.

#### Bauwerksverzeichnis:

Nr.:	Gewässer:	Station: [Meter]	Info (Art des Bauwerks):
1	LGA / Eggermühlenbach	2.820	Düker
2	LGA / Reitbach	3.690	Düker
3	LGA / Bohlenbach	7.650	Düker
4	LGA / Grother Kanal	9.150	Düker
5	LGA / Bergfelder Abzug	11.640	Düker
6	Linsbach	0	Rückschlagklappe/Abdeckgitter Schacht
7	Rüsfortgraben	4.950	Rückschlagklappe/Hochwasserabschlag im Hasedeich

#### Geschäftsordnung

Der Verbandsausschuss hat über die „Grundsätze der Geschäftspolitik“ zu beschließen. Dazu gehört der Beschluss über die Geschäftsordnungen für den Verbandsvorsteher und für den Geschäftsführer.

#### I. Geschäftsordnung für den Verbandsvorsteher

des Unterhaltungsverbandes 97 „Mittlere Hase“

(1) Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich gem. § 23 der Satzung.

(2) Der Verbandsvorsteher wird im Verhinderungsfall durch seinen Stellvertreter vertreten.

- (3) Der Verbandsvorsteher ist Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Verbandes.
- (4) Dem Verbandsvorsteher obliegen die Einstellung und Entlassung des
- Geschäftsführers
  - der Verbandsingenieure
  - des Kassenverwalters
  - und weiterer Angestellte als Dienstkräfte des Verbandes im Rahmen der allgemeinen Grundsätze des Verbandes des Haushaltsplanes und des Stellenplanes.
- (5) Der Verbandsvorsteher hat die Beschlüsse und Weisungen des Verbandsausschusses und des Vorstandes durchzuführen.
- (6) Der Verbandsvorsteher ist anordnungsbefugt (Annahme- und Auszahlungsanordnungen) über die im Haushaltsplan eingesetzten Mittel.
- (7) Der Verbandsvorsteher hat Anordnungsbefugnis gegen über Verbandsmitgliedern gem. § 35 der Satzung.
- (8) Der Verbandsvorsteher unterrichtet den Verbandsvorstand über alle wichtigen Angelegenheiten.
- (9) Er bestimmt den Vertreter des Geschäftsführers für dessen Vertretungsfall in Absprache mit dem Geschäftsführer.

## II. Geschäftsordnung für den Geschäftsführer

des Unterhaltungsverbandes 97 „Mittlere Hase

- (1) Der Verband hat einen Geschäftsführer.
- (2) Neben der in § 23 der Satzung festgelegten Vertretung des Verbandes hat der Geschäftsführer die Geschäfte der laufenden Verwaltung zu führen.
- (3) Der Geschäftsführer wird vertreten
1. durch den Verbandsvorsteher
  2. oder durch einen Mitarbeiter, der vom Verbandsvorsteher bestimmt wird.
- (4) Der Geschäftsführer ist Dienststellenleiter.
- (5) Der Geschäftsführer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte ein.
- (6) Der Geschäftsführer hat die Beschlüsse und Weisungen des Verbandsausschusses und des Verbandsvorstandes vorzubereiten und durchzuführen.
- (7) Der Geschäftsführer stellt den Entwurf des Haushaltsplanes und den Entwurf der Jahresrechnung auf.
- (8) Der Geschäftsführer unterrichtet den Verbandsvorsteher über alle wichtigen Angelegenheiten.

## III.

Die vorstehenden Geschäftsordnungen für den Verbandsvorsteher und für den Geschäftsführer wurden in der Sitzung des Verbandsausschusses des Unterhaltungsverbandes am 01.10.2020 beschlossen.

Sie treten zum 01.01.2021 in Kraft.

Bersenbrück, den 01.10.2020

Der Verbandsvorsteher  
als Vorsteher des Verbandsausschusses  
Andreas Höger

Anlage 1 + 2 liegt bei

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

86

## Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs- gesellschaft mbH Landkreis Osnabrück (BEVOS GmbH)

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 31. August 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

### VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

#### Prüfungsurteile

„Wir haben den Jahresabschluss der BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück, Bohmte, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück, Bohmte, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.“



## Grundlage für die Prüfungsurteile

„Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157, 158 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.V.m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.“

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

„Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.“

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des**

## Jahresabschlusses und des Lageberichts

„Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157, 158 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.V.m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter

<https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie>

eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.“

### **SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN**

#### **Vermerk über die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte**

„Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Wir haben unsere Prüfung nach § 30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er dafür als notwendig erachtet hat.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 30 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte beinhaltet.“

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 25.09.2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i. A. Sonja Göhler

Der Aufsichtsrat der BEVOS GmbH hat in seiner Sitzung am 30. Oktober 2020 den Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2019 der BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück zum 31. Dezember 2019 mit einer Bilanzsumme von 92.602.285,39 € und einem Jahresergebnis von 935.695,31 € festgestellt. Dem Geschäftsführer Peter Schone wurde für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 Entlastung erteilt.

Die Gesellschafterversammlung der BEVOS GmbH hat in ihrer Sitzung am 26. November 2020 beschlossen, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Gemäß §§ 158, 157 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.V.m. § 36 Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) vom 12. Juli 2018 werden der Feststellungsvermerk und die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der BEVOS GmbH für das Geschäftsjahr 2019 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der BEVOS GmbH, Am Schölerberg 1 (Kreishaus), Zimmer 4709, 49082 Osnabrück, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Osnabrück, 30.11.2020

**BEVOS GmbH**  
Peter Schone  
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

87

**Prüfung  
des Jahresabschlusses 2019  
der REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land  
mbH & Co. KG**

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann +

Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 04. Mai 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

**„Bestätigungsvermerk des unabhängigen  
Abschlussprüfers**

An die REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG, Georgsmarienhütte

**VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS**

**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG, Georgsmarienhütte, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG, Georgsmarienhütte, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Personenhandels-gesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

**Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157, 158 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere

sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

#### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

#### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber

keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157, 158 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter

<https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie>

eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

#### **SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN**

##### **Vermerk über die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte**

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Wir haben unsere Prüfung nach § 30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er dafür als notwendig erachtet hat.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 30 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte beinhaltet.“

Osnabrück, den 04. Mai 2020

**Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Esmann  
Wirtschaftsprüfer

Dr. Niemann  
Wirtschaftsprüfer

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 04.11.2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG hat in ihrer Sitzung am 10.08.2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2019 in Aktiva und Passiva gleichlautend mit 1.341.903,05 € festgestellt. Das Jahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 84.648,39 € ab. Der Jahresüberschuss wird in die Gewinnrücklagen eingestellt. Der Komplementärin REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH, vertreten durch den Geschäftsführer Christian Niehaves, wurde für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Gemäß § 36 der Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen (Eigenbetriebsverordnung - EigBetrVO) in der zurzeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der REGOS Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land mbH & Co. KG für das Jahr 2019 liegen vom 16.12. – 28.12.2020 in den Geschäftsräumen der AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Niedersachsenstr. 19, 49124 Georgsmarienhütte, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Georgsmarienhütte, 27.11.2020

**Für die REGOS Recyclinggesellschaft  
Osnabrücker Land mbH & Co. KG  
REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH**  
Christian Niehaves  
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

88

**Prüfung  
des Jahresabschlusses 2019  
der REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH**

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 23. April

2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

**„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**

An die REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH, Georgsmarienhütte

**VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS**

**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH, Georgsmarienhütte, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH, Georgsmarienhütte, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

**Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157, 158 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile

zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157, 158 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Ab-

schlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter

<https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie>

eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

### **SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN**

#### **Vermerk über die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte**

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Wir haben unsere Prüfung nach § 30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 30 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte beinhaltet.“

Osnabrück, den 23. April 2020

**Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 04.11.2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH hat in ihrer Sitzung am 10.08.2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2019 in Aktiva und Passiva gleichlaufend mit 34.790,92 € festgestellt. Das Jahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 994,40 € ab. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen. Dem Geschäftsführer Christian Niehaves wurde für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Gemäß § 36 der Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen (Eigenbetriebsverordnung - EigBetrVO) in der zurzeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH für das Jahr 2019 liegen vom 16.12. – 28.12.2020 in den Geschäftsräumen der AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Niedersachsenstr. 19, 49124 Georgsmarienhütte, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Georgsmarienhütte, 27.11.2020

**REGOS Verwaltungsgesellschaft mbH**  
Christian Niehaves  
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden  
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

264

**Bekanntmachung  
des Satzungsbeschlusses und Inkrafttreten  
gem. § 35 Abs. 6 BauGB i.V.m. § 10 Abs. 3 BauGB  
Außenbereichssatzung Nr. 5 „Leverner Straße“  
der Gemeinde Bohmte**

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat in seiner Sitzung am 08. Oktober 2020 die Außenbereichssatzung Nr. 5 „Leverner Straße“ gemäß § 35 Abs. 6 BauGB i.V.m. § 10 Abs. 3 BauGB in der aktuell geltenden Fassung als Satzung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt. Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt die Außenbereichssatzung Nr. 5 „Leverner Straße“ in Kraft.

Der Geltungsbereich im Nordosten Bohmtes befindet sich in der Gemarkung Bohmte, Flur 39 südlich der Landesstraße 81 „Leverner Straße“. Das Gebiet besteht aus den Flurstücken

2/2, 3 tlw., 4, 5 und 6 und umfasst eine Größe von ca. 8.640 m². Die genaue Lage ist im Kartenausschnitt (ohne Maßstab), der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt.



Die Außenbereichssatzung Nr. 5 „Leverner Straße“ liegt ab sofort zusammen mit der Begründung und dem Immissionschutzgutachten bei der Gemeinde Bohmte, Rathaus, Bremer Straße 4, 49163 Bohmte, Zimmer 23, zu jedermanns Einsicht öffentlich und aufgrund der aktuellen Lage ausschließlich nach Terminvereinbarung unter Tel. 05471/808-44 (Frau Breford) aus. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Die Bekanntmachung finden Sie ebenfalls auf [www.bohmte.de](http://www.bohmte.de). Die Einsichtnahme über das Internet wird derzeit vorrangig empfohlen.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bohmte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bürgermeisterin  
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

265

**20. Änderung  
der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen  
für die Abwasserbeseitigung (AEB) des  
Wasserverbandes Bersenbrück (WV)**

Der Ausschuss des Wasserverbandes Bersenbrück hat gemäß § 8 lit III. Nr. 1 der Satzung des Wasserverbandes Bersenbrück in der Fassung vom 01.01.2018 in seiner Sitzung am 10.11.2020 folgende 20. Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für die Abwasserbeseitigung (AEB) des Wasserverbandes Bersenbrück beschlossen:

## § 1

Die Anlage 2 der AEB – Abwasserpreisblatt – B Abwasserpreise - Abs. 1 Zentrale Abwasserbeseitigung - wird wie folgt geändert:

### "1. Zentrale Abwasserbeseitigung

Die Abwasserpreise für die Inanspruchnahme der zentralen Abwasseranlagen des WV betragen:

- a) Schmutzwasserentsorgung 2,30 €/m<sup>3</sup>

Bei der Absetzung von Schmutzwassermengen wird im Abrechnungszeitraum pro Kunde, der einen Absetzungsantrag stellt, oder Grundstück, auf dem eine oder mehrere Abzugszähler betrieben werden, eine pauschale Bearbeitungsgebühr von 6,00 € berechnet. Abzugszähler sind Messeinrichtungen, die der Erfassung von Wassermengen dienen, die nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung gelangen und abzusetzende Schmutzwassermengen messen.

- b) Niederschlagswasserbeseitigung 8,30 €/50 m<sup>2</sup>  
Je 50 m<sup>2</sup> sind eine Berechnungseinheit und werden jeweils auf volle 50 m<sup>2</sup> aufgerundet.

- c) Niederschlagswasser von öffentlichen Verkehrsflächen  
- im Gebiet der Samtgemeinde Neuenkirchen 5,15 €/50 m<sup>2</sup>

Je 50 m<sup>2</sup> sind eine Berechnungseinheit und werden jeweils auf volle 50 m<sup>2</sup> aufgerundet."

## § 2

Diese 20. Änderung der AEB ist in der Sitzung des Ausschusses am 10.11.2020 beschlossen worden und tritt am 01.01.2021 in Kraft.

49593 Bersenbrück, den 10.11.2020

**Wasserverband Bersenbrück**  
Der Vorstandsvorsteher  
Dirk Imke

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

266

### **Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Stadt Georgsmarienhütte über den Jahresabschluss und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017**

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 12.11.2020 gemäß § 129 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes den nachstehenden Beschluss gefasst:

- a) Der Jahresabschluss 2017 wird beschlossen.
- b) Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2017 die Entlastung erteilt.
- c) Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.664.874,87 € wird der Rücklage aus Über-

schüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 434.234,11 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Der Jahresabschluss 2017 sowie der um die Stellungnahme der Bürgermeisterin ergänzte Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 16. Dezember 2020 bis 28. Dezember 2020 im Rathaus der Stadt Georgsmarienhütte, Oeseder Straße 85, Zimmer 157/158, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Georgsmarienhütte, 19.11.2020

Die Bürgermeisterin  
Bahlo

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

267

### **1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Bad Laer für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244), hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in der Sitzung am 08.10.2020 folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen:

## § 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamt- betrag des Haushalts- planes ein- schließlich der Nachträge festgesetzt auf
	€	€	€	€
<b>Ergebnishaushalt</b>				
ordentliche Erträge	15.654.400	0	-742.100	14.912.300
ordentliche Aufwendungen	15.531.900	133.900	0	15.665.800
außerordentliche Erträge	197.900	158.000	0	355.900
außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0

### **Finanzhaushalt**

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.809.800	0	-742.100	14.067.700
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.747.600	117.900	0	13.865.500
Einzahlungen für Investitionen	1.735.300	0	-447.700	1.287.600
Auszahlungen für Investitionen	3.209.700	0	-905.100	2.304.600
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeiten	1.094.400	0	-77.400	1.017.000
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeiten	682.200	0	-24.400	657.800

### **Nachrichtlich: Gesamtbetrag**

der Einzahlungen des Finanzhaushalts	17.639.500	0	-1.267.200	16.372.300
der Auszahlungen des Finanzhaushalts	17.639.500	0	-811.600	16.827.900

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für In-

vestitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 1.094.400,-- Euro um 77.400,-- Euro vermindert und damit auf 1.017.000,-- Euro neu festgesetzt.

### § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 285.000,-- Euro um 575.000,-- Euro erhöht und damit auf 860.000,-- Euro neu festgesetzt.

### § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag in Höhe von 3.000.000,-- Euro um 1.000.000,-- Euro erhöht und damit auf 4.000.000,-- Euro neu festgesetzt.

### § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert.

### § 6

Für die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs „Wasserwirtschaft Bad Laer“ sind die Festsetzungen des am 27.11.2019 vom Rat beschlossenen Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2020 sowie des 1. Nachtrags vom 08.10.2020 maßgeblich. Mit dem 1. Nachtrag erhöht sich der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen von bisher 726.300,-- Euro um 175.000,-- Euro auf 901.300,-- Euro. Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

Bad Laer, 08.10.2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**  
Der Bürgermeister  
Tobias Avermann

#### **Bekanntmachung der 1. Nachtragshaushaltssatzung**

Die vorstehende 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach den §§ 119 Abs. 4, 120 Abs. 2 und 122 Abs. 2 sowie § 130 NKomVG erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 26.11.2020 unter dem Aktenzeichen "FD11.3-2020/000122" erteilt worden.

Der Nachtragshaushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 in Verbindung mit § 115 NKomVG vom 16.12.2020 bis zum 28.12.2020 im Rathaus, Glandorfer Str. 5, Zimmer-Nr. 24, während der Öffnungszeiten, nach vorheriger Terminabsprache, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Bad Laer, 27.11.2020

**Gemeinde Bad Laer**  
Der Bürgermeister  
Tobias Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

268

#### **Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Wasserwerkes der Gemeinde Bissendorf**

1. Der Abschlussprüfer der INTECON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat nachstehenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„An das Wasserwerk der Gemeinde Bissendorf

##### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss des Wasserwerkes der Gemeinde Bissendorf – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Wasserwerkes der Gemeinde Bissendorf für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen i.V.m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31.12.2018 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

##### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir



sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des für die Überwachung verantwortlichen Betriebsausschusses für den Jahresabschluss und Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Betriebsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NComVG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grund-

sätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebs abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeig-

neten Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Osnabrück, 24.10.2019

(Siegel) **INTECON**  
**GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Spreckelmeier  
Wirtschaftsprüfer

#### **Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes:**

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 20.11.2019

(Siegel) **Rechnungsprüfungsamt**  
**des Landkreises Osnabrück**  
i.A. Sonja Göhler

2. Der Rat der Gemeinde Bissendorf hat in seiner öffentlichen Sitzung am 12.12.2019 einstimmig nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Jahresabschluss 2018 sowie der Lagebericht werden festgestellt. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt. Der Jahresverlust in der Höhe von 9.537,12 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit zukünftigen Gewinnen ausgeglichen.

3. Gem. § 36 der Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtigen Einrichtungen (Eigenbetriebsverordnung –EigBetrVO-) vom 12.07.2018 (Nds. GVBl. Nr. 9/2018 S. 165) werden der Feststellungsvermerk und der

Beschluss des Rates über den Jahresabschluss 2018 hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht mit der Erfolgsübersicht, dem Bestätigungsvermerk und der Bemerkung des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 liegen vom 15.12.2020 – 23.12.2020 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bissendorf, 49143 Bissendorf, Kirchplatz 1 (Zimmer 117), öffentlich aus.

Bissendorf, 27.11.2020

(Siegel) **Gemeinde Bissendorf**  
Der Bürgermeister  
Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

269

#### **Bekanntmachung** **des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bissendorf** **über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 sowie** **Entlastung des Bürgermeisters**

Der Rat der Gemeinde Bissendorf hat in seiner Sitzung am 24.09.2020 folgende Beschlüsse gefasst:

1. „Entsprechend § 58 Abs. 1 Nr. 10 und § 129 Abs. 1 S. 3 i. V. m. § 7 Abs. 1 und 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2018 beschlossen.“
2. „Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2018 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG Entlastung erteilt.“

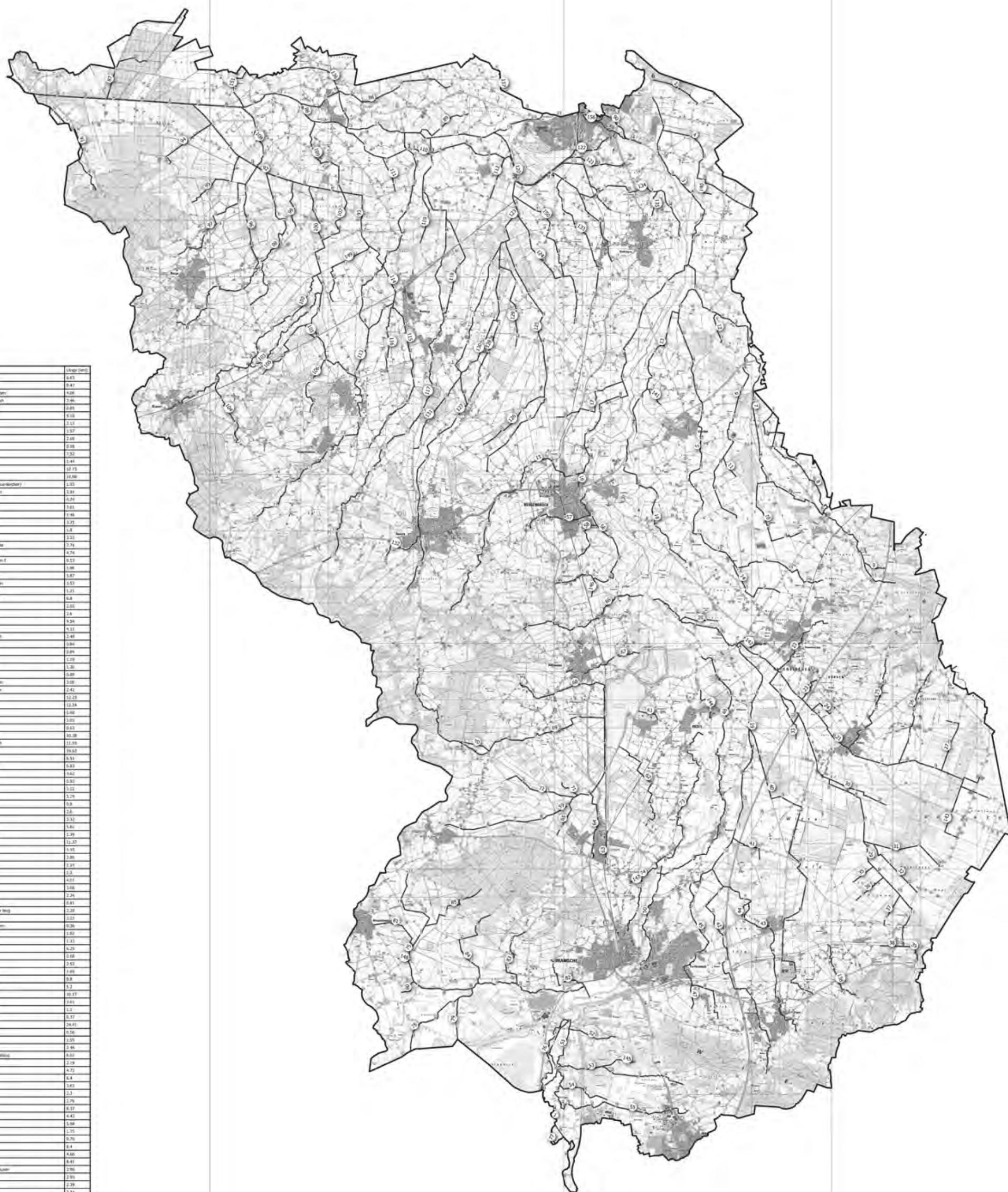
Der Jahresabschluss 2018 sowie der um die Stellungnahme des Hauptverwaltungsbeamten ergänzte Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Osnabrück liegen in der Zeit vom 15.12.2020 bis zum 23.12.2020 während der Dienststunden im Rathaus der Gemeinde Bissendorf, Kirchplatz 1, 49143 Bissendorf, Zimmer 117, öffentlich aus.

Bissendorf, 24.09.2020

(Siegel) **Gemeinde Bissendorf**  
Der Bürgermeister  
Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 23, 15. Dezember 2020

Datum: 01.10.2020



16	Name:	Länge [m]
22	Öggenbach	6,03
247	Waldbach	6,47
30	Reichenbach (Neudorf)	6,66
35	Lein- und Quindbach	7,86
37	Schönbach (Stein)	8,03
42	Kienbach	9,18
43	Uhrbach (Lind)	11,1
44	Uhrbach (Lind)	11,17
45	Uhrbach (Lind)	11,17
46	Uhrbach (Lind)	11,17
47	Uhrbach (Lind)	11,17
48	Uhrbach (Lind)	11,17
49	Uhrbach (Lind)	11,17
50	Uhrbach (Lind)	11,17
51	Uhrbach (Lind)	11,17
52	Uhrbach (Lind)	11,17
53	Uhrbach (Lind)	11,17
54	Uhrbach (Lind)	11,17
55	Uhrbach (Lind)	11,17
56	Uhrbach (Lind)	11,17
57	Uhrbach (Lind)	11,17
58	Uhrbach (Lind)	11,17
59	Uhrbach (Lind)	11,17
60	Uhrbach (Lind)	11,17
61	Uhrbach (Lind)	11,17
62	Uhrbach (Lind)	11,17
63	Uhrbach (Lind)	11,17
64	Uhrbach (Lind)	11,17
65	Uhrbach (Lind)	11,17
66	Uhrbach (Lind)	11,17
67	Uhrbach (Lind)	11,17
68	Uhrbach (Lind)	11,17
69	Uhrbach (Lind)	11,17
70	Uhrbach (Lind)	11,17
71	Uhrbach (Lind)	11,17
72	Uhrbach (Lind)	11,17
73	Uhrbach (Lind)	11,17
74	Uhrbach (Lind)	11,17
75	Uhrbach (Lind)	11,17
76	Uhrbach (Lind)	11,17
77	Uhrbach (Lind)	11,17
78	Uhrbach (Lind)	11,17
79	Uhrbach (Lind)	11,17
80	Uhrbach (Lind)	11,17
81	Uhrbach (Lind)	11,17
82	Uhrbach (Lind)	11,17
83	Uhrbach (Lind)	11,17
84	Uhrbach (Lind)	11,17
85	Uhrbach (Lind)	11,17
86	Uhrbach (Lind)	11,17
87	Uhrbach (Lind)	11,17
88	Uhrbach (Lind)	11,17
89	Uhrbach (Lind)	11,17
90	Uhrbach (Lind)	11,17
91	Uhrbach (Lind)	11,17
92	Uhrbach (Lind)	11,17
93	Uhrbach (Lind)	11,17
94	Uhrbach (Lind)	11,17
95	Uhrbach (Lind)	11,17
96	Uhrbach (Lind)	11,17
97	Uhrbach (Lind)	11,17
98	Uhrbach (Lind)	11,17
99	Uhrbach (Lind)	11,17
100	Uhrbach (Lind)	11,17
101	Uhrbach (Lind)	11,17
102	Uhrbach (Lind)	11,17
103	Uhrbach (Lind)	11,17
104	Uhrbach (Lind)	11,17
105	Uhrbach (Lind)	11,17
106	Uhrbach (Lind)	11,17
107	Uhrbach (Lind)	11,17
108	Uhrbach (Lind)	11,17
109	Uhrbach (Lind)	11,17
110	Uhrbach (Lind)	11,17
111	Uhrbach (Lind)	11,17
112	Uhrbach (Lind)	11,17
113	Uhrbach (Lind)	11,17
114	Uhrbach (Lind)	11,17
115	Uhrbach (Lind)	11,17
116	Uhrbach (Lind)	11,17
117	Uhrbach (Lind)	11,17
118	Uhrbach (Lind)	11,17
119	Uhrbach (Lind)	11,17
120	Uhrbach (Lind)	11,17
121	Uhrbach (Lind)	11,17
122	Uhrbach (Lind)	11,17
123	Uhrbach (Lind)	11,17
124	Uhrbach (Lind)	11,17
125	Uhrbach (Lind)	11,17
126	Uhrbach (Lind)	11,17
127	Uhrbach (Lind)	11,17
128	Uhrbach (Lind)	11,17
129	Uhrbach (Lind)	11,17
130	Uhrbach (Lind)	11,17
131	Uhrbach (Lind)	11,17
132	Uhrbach (Lind)	11,17
133	Uhrbach (Lind)	11,17
134	Uhrbach (Lind)	11,17
135	Uhrbach (Lind)	11,17
136	Uhrbach (Lind)	11,17
137	Uhrbach (Lind)	11,17
138	Uhrbach (Lind)	11,17
139	Uhrbach (Lind)	11,17
140	Uhrbach (Lind)	11,17
141	Uhrbach (Lind)	11,17
142	Uhrbach (Lind)	11,17
143	Uhrbach (Lind)	11,17
144	Uhrbach (Lind)	11,17
145	Uhrbach (Lind)	11,17
146	Uhrbach (Lind)	11,17
147	Uhrbach (Lind)	11,17
148	Uhrbach (Lind)	11,17
149	Uhrbach (Lind)	11,17
150	Uhrbach (Lind)	11,17
151	Uhrbach (Lind)	11,17
152	Uhrbach (Lind)	11,17
153	Uhrbach (Lind)	11,17
154	Uhrbach (Lind)	11,17
155	Uhrbach (Lind)	11,17
156	Uhrbach (Lind)	11,17
157	Uhrbach (Lind)	11,17
158	Uhrbach (Lind)	11,17
159	Uhrbach (Lind)	11,17
160	Uhrbach (Lind)	11,17
161	Uhrbach (Lind)	11,17
162	Uhrbach (Lind)	11,17
163	Uhrbach (Lind)	11,17
164	Uhrbach (Lind)	11,17
165	Uhrbach (Lind)	11,17
166	Uhrbach (Lind)	11,17
167	Uhrbach (Lind)	11,17
168	Uhrbach (Lind)	11,17
169	Uhrbach (Lind)	11,17
170	Uhrbach (Lind)	11,17
171	Uhrbach (Lind)	11,17
172	Uhrbach (Lind)	11,17
173	Uhrbach (Lind)	11,17
174	Uhrbach (Lind)	11,17
175	Uhrbach (Lind)	11,17
176	Uhrbach (Lind)	11,17
177	Uhrbach (Lind)	11,17
178	Uhrbach (Lind)	11,17
179	Uhrbach (Lind)	11,17
180	Uhrbach (Lind)	11,17
181	Uhrbach (Lind)	11,17
182	Uhrbach (Lind)	11,17
183	Uhrbach (Lind)	11,17
184	Uhrbach (Lind)	11,17
185	Uhrbach (Lind)	11,17
186	Uhrbach (Lind)	11,17
187	Uhrbach (Lind)	11,17
188	Uhrbach (Lind)	11,17
189	Uhrbach (Lind)	11,17
190	Uhrbach (Lind)	11,17
191	Uhrbach (Lind)	11,17
192	Uhrbach (Lind)	11,17
193	Uhrbach (Lind)	11,17
194	Uhrbach (Lind)	11,17
195	Uhrbach (Lind)	11,17
196	Uhrbach (Lind)	11,17
197	Uhrbach (Lind)	11,17
198	Uhrbach (Lind)	11,17
199	Uhrbach (Lind)	11,17
200	Uhrbach (Lind)	11,17

Nr.	Geotextilname	Stärke [m]	Info
1	UGA - Eggensteinbagger	2000	Dalbe
2	UGA - Rastatt	9000	Dalbe
3	UGA - Rastatt	9000	Dalbe
4	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
5	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
6	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
7	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
8	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
9	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
10	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
11	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
12	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
13	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
14	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
15	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
16	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
17	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
18	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
19	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
20	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
21	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
22	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
23	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
24	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
25	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
26	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
27	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
28	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
29	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
30	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
31	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
32	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
33	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
34	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
35	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
36	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
37	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
38	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
39	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
40	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
41	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
42	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
43	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
44	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
45	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
46	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
47	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
48	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
49	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
50	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
51	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
52	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
53	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
54	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
55	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
56	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
57	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
58	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
59	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
60	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
61	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
62	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
63	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
64	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
65	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
66	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
67	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
68	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
69	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
70	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
71	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
72	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
73	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
74	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
75	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
76	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
77	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
78	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
79	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
80	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
81	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
82	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
83	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
84	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
85	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
86	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
87	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
88	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
89	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
90	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
91	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
92	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
93	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
94	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
95	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
96	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
97	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
98	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
99	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe
100	UGA - Gersheim-Wall	9700	Dalbe

**Legende**

— Gew. II. Ordnung

— LHV Verbandsanfragen Nr. 1-7

**Stationierung**

- 500 m
- 1,0 km
- 5,0 km

### Legende

— Gew. II. Ordnung

Stationierung

- 500 m

5.0 km



